

# türkei information

Nr. 40  
Juli/August 1991  
DM3,-

## Krise in der Regierungspartei

*In den letzten beiden Nummern der 'Türkei Information' (Nr. 38 u. 39) hatten wir verschiedene Aspekte der Integration der Türkei unter Özals Führung in die "neue Weltordnung" betrachtet. Staatspräsident Özal nutzte die in Folge der Golfkrise und -krieges entstandene Situation und machte sich daran, das traditionelle Verständnis von Außenpolitik der Türkei zu verändern. Daneben hatte er Schritte eingeleitet, die die traditionelle Verbotspolitik gegenüber der kurdischen Frage und den kommunistischen und religiösen Parteien auflockern sollten. Aber an Stelle dessen hatte er ein neues Gesetz verabschieden lassen, das die gesamte Opposition zu Terroristen erklärt. Das Ziel des Gesetzes war und ist die Lähmung der Arbeiterbewegung, der kurdischen Bewegung und der revolutionär-demokratischen Kräfte, die in sich ein Potential der Stabilitätsgefährdung tragen.*

Fortsetzung auf Seite 6

### **Staatsterror in Kurdistan**

#### **Massendemonstration gegen den Mord an V. Aydin**

Am 10. Juli wurde Vedat Aydin in Diyarbakir beerdigt. Er war am 4.7. von vier als Polizisten verkleideten Männern, unter dem Vorwand eine Aussage aufnehmen zu lassen, aus seinem Haus verschleppt worden. Alle Bemühungen seiner Familienangehörigen, des Menschenrechtsvereins und seiner Parteifreunde (V. Aydin war Bezirksvorsitzender der HEP, der "Partei der Arbeit des Volkes") etwas über sein Schicksal in Erfahrung zu bringen blieben erfolglos. Bis am 8. Juli seine Leiche gefunden wurde: Mit mehreren Einschüssen und Spuren von Folterungen.

Vedat Aydin war als sehr engagierter kurdischer Intellektueller, der für den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit des kurdischen Volkes eintrat, bei den Menschen beliebt und bekannt. Dem türkischen Staat war er deshalb natürlich ein Dorn im Auge.

Am Tag seiner Beerdigung stand das Leben in Diyarbakir still. Aus allen Landesteilen kamen lange Fahrzeugkolonnen mit Menschen, die an der Beerdigung teilnehmen wollten. Die ganze Stadt war von Panzern und schwerbewaffneten Kommandoeinheiten umstellt. Die Telefonleitungen kritischer Zeitungen waren unterbrochen worden und es herrschte Ausgangsverbot.

Um 16.30 Uhr wurde ein Demonstrationszug von zehntausenden Menschen von der Polizei und Soldaten angegriffen. Es entwickelten sich immer heftiger werdende Straßenschlächten, bei denen es in ersten Meldungen heißt, daß auch die kurdische Guerilla unterstützend eingegriffen haben soll.

Fortsetzung auf Seite 16

### **Aus dem Inhalt**

#### **Stoppt Abschiebungen von Flüchtlingen!**

Seite 2

\*

#### **Gewerkschaftsbund DISK soll neu organisiert werden**

Seite 3

\*

#### **Interview mit Rechtsanwalt Turgut KAZAN**

Seite 9

\*

#### **"Anti-Terror-Gesetz" verstößt gegen internationale Rechtsnormen**

Seite 12

\*

#### **Rassismus und Sexismus im neuen Ausländergesetz**

Seite 17

\*

#### **Musikgruppe "Yorum" im Gespräch**

Seite 19

\*

# SOLIDARITÄT MIT DEN VON ABSCHIEBUNG BEDROHTEN FLÜCHTLINGEN

Aufgrund des neuen "Ausländergesetzes" sind seit dem 1. Juli zehntausende von sogenannten "de-facto-Flüchtlingen" von der Abschiebung aus der BRD bedroht. In welchem Maße das neue Gesetz Anwendung finden wird, ist noch nicht abzusehen. Die einzelnen Bundesländer können jetzt nur noch für maximal ein halbes Jahr Flüchtlingen aus bestimmten Kriegs- und Krisenregionen eine "Duldung" gewähren wenn die individuellen Anträge auf Asyl in der BRD abgelehnt worden sind. Danach entscheidet das Bundesinnenministerium. Schon vor einigen Wochen erklärte Innenminister Schäuble, daß er "derzeit ... hinsichtlich keiner Ausländergruppe die Möglichkeit für eine generelle Abschiebestopregelung für mehr als sechs Monate ..." sehe.

Nach Paragraph 54 des neuen "Ausländergesetzes" liefen am 30. Juni die bisher üblichen halbjährigen Duldungen für Flüchtlinge aus Ländern wie Libanon, Iran oder Sri Lanka aus. Das gleiche gilt für PalästinenserInnen und KurdInnen, sowie für Flüchtlinge aus einigen afrikanischen Staaten.

In den vergangenen Jahren hat es in den hiesigen Medien ein wahres Trommelfeuer von rassistischer Propaganda gegen (Arbeits-) ImmigrantInnen, ihre Kinder und gegen Flüchtlinge aus Südeuropa und der sogenannten "3. Welt" gegeben. Soziale Probleme und Widersprüche wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Drogenkonsum wurden mit den Problemen der hier lebenden Flüchtlinge aus afrikanischen und asiatischen Ländern, aus Kurdistan und Palästina, Irak, Iran, Libanon u.a. vermischt. Die unerträgliche Situation der Flüchtlinge wurde über die Medien zu einem Problem der deutschen Bevölkerung. Die rassisti-

sche Hetze baute Flüchtlingsunterkünfte zu Rauschgifthöhlen auf, schürte die Furcht vor Arbeitsplatzverlust durch schwarzarbeitende "Asylanter", und jede Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Nationalitäten in den Unterkünften war der Beweis dafür, daß durch Aufnahme von Flüchtlingen nur Unruhe geschaffen wird. Die Krönung des Ganzen war, daß durch die Flüchtlinge die Umweltproblematik in Deutschland noch größere Ausmaße annehmen würde. Selten war von den Schwierigkeiten zu hören, die die Flüchtlinge mit Ämtern und Behörden haben. Oder von Immobilienhändlern und Hausbesitzern, die sich an den Flüchtlingen bereichern. Die Lebensbedingungen in den Sammelunterkünften, die Schikanen, die blanken Existenznöte angesichts eines 5-jährigen Arbeitsverbotes und totaler Abhängigkeit von der Sozialhilfe oder von unsicheren, schlechtbezahlten und gefährlichen Arbeitsbedingungen wurden ausgeblendet.

Die Propaganda fiel auf fruchtbaren Boden in der deutschen Bevölkerung, und auf diesen Boden konnten die Herrschenden ihre Politik der Abschreckung und Ausgrenzung gegen die Flüchtlinge verschärfen. Das neue "Ausländergesetz" wurde ohne großen Protest

verabschiedet. Für die Flüchtlinge wurde es immer schwerer an eine menschenwürdige Unterkunft und auch an Sozialhilfe zu kommen. Ohne Visum ist eine Einreise in die BRD kaum noch möglich: Die "Festung Europa" steht.

Und im Inneren der Festung wird nur noch überlegt, welches der am wenigsten Probleme mit sich bringende Weg ist, die unerwünschten "Fremden" loszuwerden. Überfälle von rechtsradikalen Schlägerbanden und organisierten Faschisten tun ihr Übriges dazu.

Die Solidarität mit den Flüchtlingen gestaltet sich schwierig. Trotzdem darf nichts unversucht gelassen werden, um die Abschiebungen zu verhindern. Kontaktstellen und Beratung müssen organisiert werden. Den Flüchtlingen müssen die nötigen Informationen zugänglich gemacht werden. Öffentlichkeitsarbeit und spektakuläre Aktionen werden helfen, Interesse bei einer fortschrittlichen Öffentlichkeit zu wecken. Einzelne Abschiebungen sind inzwischen sogar schon direkt an den Flughäfen verhindert worden.

**STOPPT ABSCHIEBUNGEN!  
FÜR DAS RECHT JEDES MENSCHEN,  
DORT ZU LEBEN, WO  
ES IHM GEFÄLLT!**





Interview mit Cetin Uygur und Dogan Halis über die gegenwärtige Lage der ArbeiterInnenbewegung in der Türkei und die Perspektiven einer reorganisierten DISK

**Der  
Revolutionäre  
Gewerk-  
schaftsband  
soll neu  
organisiert  
werden**

*Frage: Können Sie die Gründe für den jetzigen Zustand der organisierten Gewerkschaften in der Türkei erklären?*

*C. Uygur:* Am 12. September 1980 wurde die DISK (Revolutionäre Arbeitergewerkschaftskonföderation – Zusammenschluß von 29 gewerkschaftlichen Organisationen) verboten. Es gab 11 Jahre lang Prozesse gegen die Funktionäre. Die DISK hat sich seit 1967 Klassenbewußtsein und Sozialismus zum Ziel gesetzt. DISK war in 800 Betrieben in der Türkei organisiert. Mit der neuen Verfassung 1983 existierten in der Türkei nur zwei Gewerkschaftsbünde, die Türk-Is und Hak-Is, außerdem drei kleine unabhängige Gewerkschaften. Durch dieses Vorgehen haben die Generäle 1983 die Arbeiter gezwungen, sich bei Türk-Is zu organisieren. Um den Putsch in den gewerkschaftlichen Bereichen zu verschleiern, haben die Generäle, kleinere unabhängige Gewerkschaften zugelassen: Otomobil-Is, Laspetim-Is und Gelik-Is.

*Frage: Warum wurden nicht mehr unabhängige Gewerkschaften aufgebaut?*

*C. Uygur:* Türk-Is ist eine staatsstreue Gewerkschaft. Hak-Is eine religiöse Gewerkschaft, so wie die christlichen Gewerkschaftsorganisationen in den west-europäischen Staaten. Diese Gewerkschaft hat übrigens auch die Aufgabe, Türk-Is

unter Kontrolle zu halten, deswegen ist sie auch erlaubt worden. Nach dem Verbot von DISK hatten die Arbeiter keinen Erfolg bei der Organisation von unabhängigen Gewerkschaften. Hauptgrund dafür war die große Unterdrückung und Verfolgung der DISK-Mitglieder. Jene, die es versucht haben, wurden sofort verhaftet und gefoltert. Den Arbeitern selbst fehlte es an Bewußtsein und staatliche Repressalien spielten auch hier eine Rolle. Die drei o.g. unabhängigen Gewerkschaften wurden nach dem DISK-Verbot gegründet. Die restlichen Arbeiter, die bei DISK organisiert waren, haben

sich gezwungenermaßen bei Türk-Is organisiert. Die heute existierenden Gewerkschaften sind nicht klassenbewußt und verfolgen keine sozialistischen Gedanken. Deshalb sind die Arbeiter in diesen Gewerkschaften machtlos geworden und haben ihre Forderungen innerhalb dieser Gewerkschaft nicht wiedergefunden. Die drei unabhängigen Gewerkschaften wurden zwar nicht verboten, aber die Regierung hat Bedingungen (z.B. für die Mindestzahl an Mitgliedern) gestellt, die diese Gewerkschaften nicht erfüllen konnten und somit gezwungen wurden, sich wieder aufzulösen. Celik-Is hat



Streikende Tabakarbeiterinnen in Izmir



sich z.B. aufgelöst, und ihre Mitglieder sind zu Hak-Is gegangen, und die anderen sind an einen Punkt gekommen, wo sie sich demnächst gezwungenermaßen auch auflösen.

Durch die neuen Gesetze werden zwar die DISK-Funktionäre strafrechtlich nicht mehr belangt, aber das Vermögen der DISK, das nach dem Putsch beschlagnahmt wurde, ist trotzdem nicht freigegeben worden. Ich war früher Vorsitzender der Yeralti Maden Is, die in der DISK organisiert war. Mein Freund dort ist Generalsekretär der Saglik-Is (Gesundheitswesen). Mit dem 1. Mai 1991 begannen wir die DISK zu reorganisieren und wir haben uns auf eine Gewerkschaftsplattform geeinigt.

Die politischen Organisationen (der Linken; TI) haben 1980 große Niederlagen erlitten. Bis zum Putsch war die DISK eine sozialdemokratische und sowjet-orientierte Gewerkschaft. Wirtschaftliche Forderungen waren in dieser Gewerkschaft wichtiger als politische Forderungen.

*Frage: Wie sehen die Perspektiven der DISK heute aus?*

*C. Uygur:* DISK hat früher keine politische Führung gehabt, daher konnte sie den Widerstand gegen den "12. September" nicht organisieren. Und sie hat sich nicht wieder reorganisiert. Da die Türkei von den imperialistischen Ländern abhängig ist, hat hier die Arbeiterklasse größere politische Aufgaben, das dürfen die Gewerkschaften nicht vergessen. Wir müssen von den Arbeitsplätzen aus DISK neu organisieren. Die Arbeiter sollen nicht nur produzieren, sondern auch ihren Verstand gebrauchen, um Klassenbewußtsein und Gewerkschaftsbewußtsein zu gewinnen. Sie müssen lernen sich selbst zu regieren. Deshalb ist es nötig, daß sich DISK auf der Ebene von Arbeiter-Komitees organisiert. Dann können die Arbeiter ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte durchsetzen.

*Frage: Wie sehen die Arbeiter heute DISK?*

*C. Uygur:* Die Arbeiter innerhalb von Türk-Is haben große Niederlagen erlitten, z.B. gegen Massenentlassungen und bei Forderungen für bessere Löhne. Türk-Is ist nicht in der Lage, diese Forderungen durchzusetzen. Die Arbeiter, die in der DISK waren oder den Namen hörten, sagen, sie wollen die DISK wiederhaben, weil DISK sich gegen Entlassungen durchsetzen konnte: Wir wissen, daß es schwierig sein wird, DISK nochmals zu organisieren, zum einen ideologisch aber auch durch

Represalien des Staates. Um diese ganzen Schwierigkeiten zu überwinden, ist es wichtig, die Arbeiter in Arbeiterkomitees zu organisieren.

*Frage: Wie sehen die Arbeiterkomitees heute aus, wie sind sie innerhalb der Gewerkschaften organisiert? Wie beziehen Sie sich zum Streik von Zonguldak und dem Generalstreik im Januar?*

*Cetin Uygur:* Heute gibt es in der Türkei sehr wenige Arbeiterkomitees die ihre Aufgaben 100%ig realisieren können. Es gibt überwiegend Komitees, die für Streiks, Arbeitsplatzprobleme und gegen Entlassungen gebildet wurden. Diese Komitees müssen eine klassenbewußte Bewegung aufbauen und die militanten Vorkämpfe innerhalb dieser Komitees entwickeln. Die "3. Januar-Bewegung" (der Generalstreik vom 3.1.; TI) ist aus der Unzufriedenheit der Arbeiter gegen Entlassungen, schlechte Lebensbedingungen, und Arbeitslosigkeit hervorgegangen. Die Arbeiter haben Türk-Is zu dieser Aktion gezwungen. Aber das war nur eine symbolische Aktion, da die Gewerkschaft die Arbeiter nach Hause schickte und nicht auf die Straße mobilisierte. Eine richtige Gewerkschaft müßte die Leute auf die Straße bringen, ihre Unzufriedenheit laut werden lassen und das System dazu zwingen, ihre Forderungen zu erfüllen. Türk-Is hat mit dem System und nicht mit den Arbeitern und Arbeiterinnen zusammengearbeitet.

*Frage: Wenn die Arbeiterkomitees mehr werden, könnte dann nochmals ein "Zonguldak" zustande kommen?*

*C. Uygur:* Die Arbeiter von Zonguldak haben ihre Situation, die allgemeine Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht. Die ganze Bevölkerung hat sich mit dieser Bewegung solidarisiert. Diese Aktionen wurden von der ganzen Bevölkerung Zonguldaks getragen. Aber der Haken war, daß diese Komitees (gemeint sind die Streikkomitees; TI) keine richtigen Komitees waren. Sie haben das Klassenbewußtsein und den nötigen Widerstandswillen nicht gehabt. Diese Hindernisse in den Köpfen der Arbeiter waren stärker als die von der Armee aufgestellten Hindernisse. Daher konnten die Arbeiter diese Hindernisse nicht überwinden und sind zurückgekehrt. Die Komitees in der Türkei waren auch keine richtigen Komitees, deshalb haben sie sich auch nicht mit diesem Streik zusammengeschlossen. In Istanbul, in Izmir, in Adana sind die Arbeiter nicht gleichzeitig aufgestanden. De-

halb haben die Arbeiter von Zonguldak eine Niederlage erlitten.

Es ist nicht die Niederlage der Arbeiter, sondern die der Komitees, die sich nicht in politische Komitees verwandelt haben und innerhalb dieser Komitees nicht die revolutionären Vorkämpfer hervorgebracht haben. Überwiegend haben sich die Komitees nur auf Arbeitsprobleme begrenzt und keine sozialistischen Gedanken gehabt. Die unmenschliche Situation, in der die Arbeiter leben, plus die Unnachgiebigkeit des Staates – "Entweder ihr nehmt was ich euch gebe, oder ihr bekommt gar nichts" – hat die Arbeiter gezwungen sich auf den Weg zu machen. Der Staat hat seine ganze Macht eingesetzt, um diesen Marsch zu stoppen. Die Hindernisse in den Köpfen der Arbeiter verhinderten die Bewältigung der Hindernisse des Staates.

Nach den erfolgreichen Aktionen des 3./4. Januar erleben wir heute ein Tief der Arbeiterbewegung.

*D. Halis von Saglik Is:* Die begrenzten Möglichkeiten der Arbeitergewerkschaften sind der Grund, daß es in der Türkei früher keine größere ArbeiterInnenbewegung gab: Es gibt keine größere widerstandsreiche Vergangenheit. Ein Klassenbewußtsein haben die Arbeiter erst spät erreicht. Das liegt vielleicht daran, daß es in der Türkei weniger Arbeiter gibt. (...)

Zweitens spielte die internationale Lage, der Zerfall des sozialistischen Blocks und deren Fehler, ebenso eine große Rolle.

Vordem Putsch wurden überwiegend wirtschaftliche Forderungen in den Vordergrund gestellt. DISK hat die Arbeiter auf den "12. September" nicht vorbereitet. Um die Rechte, die sie sich erkämpft hatten, zu verteidigen, brauchen die Arbeiter ein politisches Bewußtsein.

Im Gesundheitsbereich arbeiten heute in der Türkei 200.000 Menschen, davon haben nur 20.000 gewerkschaftliche Rechte. Die Leute, die im Gesundheitsbereich putzen, sowie die Ärzte sind als Beamte eingestellt und dürfen sich nicht gewerkschaftlich organisieren. Diese Leute versuchen jetzt eigene Gewerkschaften aufzubauen, was vor kurzem verboten wurde. Wir schlagen vor, daß sich die Arbeiter in allen Bereichen der Gewerkschaft aktiv beteiligen, um ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen. Nicht irgendwelche Funktionäre sollen für die Arbeiter sprechen, sondern sie selber. Das DISK wieder legalisiert ist, bedeutet keine Demokratie, aber wir finden es richtig, DISK noch einmal zu organisieren, wie wir bereits ge-





28500 Eisenbahnarbeiter bei einem Arztbesuch

sagt haben. Bei der Entscheidung, DISK wieder legal arbeiten zu lassen, hat auch der Druck der europäischen Öffentlichkeit eine wichtige Rolle gespielt.

*C.Uygur:* Der türkische Staat versucht die Türkei in ein Gefängnis umzuwandeln. Sie haben die Faschisten und andere Gefangene freigelassen, aber die revolutionären und sozialistischen Gefangenen müssen im Gefängnis bleiben. Die Anklagen gegen DISK wurden zwar fallengelassen, aber das ganze gewerkschaftliche Vermögen wurde einbehalten. Mit dem "Anti-Terror-Gesetz" wurde der Staatsterror legalisiert.

*Frage: Kann der Staat mit diesem Gesetz auch Streiks verbieten?*

*D.H.:* Mit diesem Gesetz kann der Staat Streiks verbieten – unter dem Vorwand, die Streiks seien eine Art Aufstand gegen das System. Durch dieses Gesetz können auch zwei Menschen, die sich unterhalten, als terroristische Organisation angeklagt werden. Diese Unterdrückung wird immer weitergehen, wenn die wirtschaftlichen, demokratischen und politischen Forderungen nicht zusammenkommen. Allgemein: Kampf für Brot und Kampf gegen Faschismus müssen zusammenlaufen. Dies war in der alten DISK nicht der Fall. Heute ist in der Türkei der Faschismus institutionalisiert. Wir hatten früher zum Ziel, daß der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen nur Erfolg hat, wenn wir gegen Faschismus bei uns und gegen den Imperialismus gemeinsam einen bewußten

Widerstand organisieren. So können die erkämpften Rechte weiterexistieren.

*Frage: Wie waren die Reaktionen der Bevölkerung während des Golfkrieges?*

*D.H.:* Die Bevölkerung in der Türkei wußte, daß sie von diesem Krieg keine Vorteile erwarten konnte. Nur die Regierenden, die Handlanger der USA, waren für den Krieg. Die Arbeiter in der Türkei haben nicht wie die westeuropäische Öffentlichkeit legale Rechte gehabt, um ihre Position gegen den Krieg zum Ausdruck zu bringen. Die Aggressionen des Staates haben dies verhindert. Es ist nicht wie zum Beispiel in Frankreich, wo die Regierenden die Arbeiter hinter sich gebracht haben. Hier waren die Menschen gegen die Regierenden.

*Frage: Es wurde öfter gesagt, daß die türkischen Arbeiter kein politisches Bewußtsein haben. Die türkischen Arbeiter waren aber aktiver gegen den Krieg als z.B. die deutschen Arbeiter. Wie können Sie das erklären?*

*C.U.:* Das kann man nicht direkt sagen. Die Menschen waren zwar gegen den Krieg, aber sie haben an diesem Punkt keine demokratischen Veränderungen erreicht. Özal hat die Veränderungen bei Meinungsumfragen gesehen. Er wollte z.B. die türkische Armee direkt an dem Krieg beteiligen. Dies wurde zurückgenommen und dafür wurde den USA erlaubt, ihre Flugzeuge von der Türkei aus starten zu lassen. Dadurch konnte sich der türkische Staat indirekt am

Krieg beteiligen. Innerhalb des Widerstandes gegen den Krieg fehlte es an politischem Bewußtsein.

*D.H.:* Für die Menschen, die für die Rechte der Arbeiter kämpfen, gibt es sehr wichtige Beispiele. Wir können Lehren ziehen, aus dem was in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern passiert. Wenn die Arbeiter nicht direkt regieren, oder die Regierenden nicht die Unterstützung der Arbeiter bekommen, sind sie dazu verurteilt sich aufzulösen. Unser gewerkschaftlicher Gedanke ist, daß die Arbeiter aktiv beteiligt sind. So können DISK und Türk-İs sich vereinigen. In dieser Phase müsse wir die Unterschiede der verschiedenen Gewerkschaften klären und neue Mitglieder gewinnen, und zu einer Struktur finden, in der sich die Arbeiter selbst regieren. Sie müssen an ihren Arbeitsplätzen selbst erkennen, daß sie nicht immer regiert werden müssen, sondern sich auch selbst regieren können. Dieser Punkt ist für uns sehr wichtig. Die Gewerkschaften haben bis jetzt immer selbst unterdrückt und von oben nach unten regiert. Das müssen wir aufbrechen, und zu einem Punkt kommen, wo Basisstrukturen wichtige Funktionen haben, um eine bessere Zukunft zu erlangen. Sich gegen Inflation zu schützen ist vorübergehend – wichtig ist es die Ursachen zu finden. Türk-İs kann mit Verhandlungen besser Lohnforderungen durchsetzen, wir kämpfen dafür, daß der Gewinn erhalten bleibt. Das kann man nur erreichen, wenn sich die Arbeiter selbst regieren. (...)



Fortsetzung von der Titelseite

## Krise in der Regierungspartei

Özal, der ähnlich dem gestürzten philippinischen Diktator Marcos die Türkei regiert, versuchte seit einiger Zeit, die außenpolitischen Beziehungen und innenpolitischen Prozesse so zu modifizieren, daß sie in die "neue Weltordnung" hineinpaßten. Diese Versuche Özals nahmen auch in seiner eigenen Partei, der ANAP, konkrete Formen an. Seit Anfang dieses Jahres hatte er versucht, die islamischen Fundamentalisten in der ANAP und der Regierung in den Hintergrund zu drängen mit dem Ziel, die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft aufzulockern und die Probleme zwischen sich selbst und der Armee zu überwinden. Der wichtigste Schritt in diese Richtung war, daß er seine Frau zur Parteivorsitzenden der Istanbul ANAP-Organisation wählen ließ. Es war offensichtlich, daß die Kandidatur Semra Özals, die "laizistisch, modern und europäische Muslimin" sein möchte, auf Proteste unter fanatischen Moslems stoßen würde. Schließlich hatten auch verschiedene Personen, unter ihnen auch Minister, die bis dahin wegen ihrer Nähe zu Özal bekannt waren, die Kandidatur Semra Özals abgelehnt. Staatspräsident Özal beschuldigte diese Personen der Rückschrittlichkeit und entließ z.B. den Verteidigungsminister Hüsnü Dogan aus seinem Amt.

In der Türkei Information Nr. 38 hatten wir hierzu folgendes geschrieben:

*"Die Kandidatur Semra Özals für den Posten der Parteivorsitzenden der ANAP in Istanbul ist ohne Zweifel ein Zeichen für die Regierungsart Özals, die auf den Methoden einer Familienherrschaft basiert. Jedoch wäre es falsch, nur diese Seite der Sache zu sehen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Istanbul Organisation der ANAP von moslemischen Kräften dominiert wird und daß diese Stadt bei der Bestimmung der Politik in der Türkei eine wichtige Rolle spielt. (...) Özal möchte aus der ANAP, deren gesellschaftliche Unterstützung ziemlich schwach geworden ist, wieder eine starke Partei machen. Mit diesem Ziel versucht er der ANAP eine Kosmetik der "modernen" zu verpassen." (T.I., Nr. 38, S. 30)*

Und schließlich hat Staatspräsident Özal alle Methoden eingesetzt und seine Frau zur Parteivorsitzenden der ANAP in Istanbul wählen lassen. Wie wir auch durch das Zitat betont haben, konnte Özal den deutlichen Rückgang der Stimmen der ANAP

sehen. Es war klar, daß die ANAP bei den kommenden Wahlen besten Falls die 4. Partei werden würde, wenn dies nicht verhindert wird. Die letzten Wählerumfragen zeigten auch dasselbe. Die Oppositionsparteien hatten erklärt, daß sie Özal seines Amtes als Staatspräsident entheben würden, wenn sie die Mehrheit im Parlament erzielen würden.

Unter diesen Bedingungen spürte Özal die Notwendigkeit, das Image der ANAP und der Regierung zu erneuern, um den Erfordernissen der "neuen Weltordnung" gerecht zu werden und seine Einmannherrschaft fortsetzen zu können.

Semra Özals spektakuläre Wahl zur Parteivorsitzenden der ANAP in Istanbul sorgte für die Veränderung der Delegiertenzusammensetzung auf dem Parteikongreß der ANAP zugunsten der "Liberalen".

Auf dem Parteikongreß der ANAP am 15.-16. Juni dieses Jahres konnte somit der "liberale" Mesut Yilmaz dank dieser Veränderung und der Hilfe (den Eingriffen) Özals zum Parteivorsitzenden der ANAP gewählt werden. Yildirim Akbulut, der die Wahl verlor, gab sein Amt als Ministerpräsident auf. Mesut Yilmaz wurde zum Ministerpräsidenten an Stelle von Akbulut ernannt. (Zuerst Mal in der Geschichte der türkischen Republik wird ein Ministerpräsident ausgewechselt, nur weil die Regierungspartei einen neuen Vorsitzenden bekommen hat.)

Es ist bekannt, daß der letzte Parteikongreß der ANAP von großen Auseinandersetzungen begleitet war und Mesut Yilmaz nur mit Hilfe der persönlichen Bemühungen Özals und seiner Familie zum Vorsitzenden der Partei gewählt werden konnte. Der nun ehemalige Ministerpräsident und Parteivorsitzender Yildirim Akbulut hatte seine Ämter erst Ende 1989 nach Ernennung Özals zum Staatspräsidenten übernommen.

Nachdem Özal sich auf dem letzten Parteikongreß der ANAP für Mesut Yilmaz entschied, haben Yildirim Akbulut und seine Freunde (insgesamt 90 Abgeordnete von 286) eine Oppositionsgruppe gegen Özal und die neue Regierung gebildet. Es scheint, daß diese Gruppe die ANAP und die Regierung in Schwierigkeiten bringen könnte.

Die 1983 als Einmannpartei gegründete und seitdem die Regierung stellende ANAP scheint zum ersten Mal von einer ernstesten Krise befallen zu sein. Die ANAP hatte sich damals

eigentlich als Folge der damaligen Konjunktur als eine Krisenpartei gebildet und wurde zu einem Teil des Krisenmanagements (der Herrschaft des 12. Septembers). Die letzte innerorganisatorische Krise in einer Partei von dieser Bedeutung könnte ernsthafte Folgen haben.

### ÜBER DIE NEUE REGIERUNG UND DEREN EIGENSCHAFTEN

Die neue ANAP-Leitung und -regierung ist entgegen der eigenen Darstellung nicht liberal. Die eigentlichen Kader der Parteileitung und der Regierung stellen die ehemaligen (vor 1980) Faschisten und islamische Fundamentalisten. Fundamentalisten, die zumindest genauso fundamentalistisch sind wie die, die Özal von ihren Posten verdrängte, sind an der neuen Regierung beteiligt. Daneben gibt es aber sowohl in der Parteileitung als auch in der Regierung rechte Mitglieder, die früher nicht faschistischen oder religiösen Parteien angehört hatten.

Man sieht, daß Özal und Mesut Yilmaz bei der Bildung der Parteileitung und der Regierung wichtige Punkte beachtet haben. Es ist möglich, diese Punkte wie folgt zusammenzufassen:

1. Sowohl die Partei als auch die Regierung müssen Özal ergeben sein, sie dürfen ihre Stimme nicht gegen Özal richten, wenn dieser als Repräsentant einer Machtinstitution in politische und ökonomische Prozesse eingreift.

2. Die Partei und Regierung müssen ein Image aufbauen, mit dem sie der EG genauso nah sind wie den USA. Während der Golfkrise und des Golfkrieges waren Özal und die Regierung überzogen proamerikanisch. Dies hat sowohl die Bourgeoisie als auch die Öffentlichkeit gestört. Die Großbourgeoisie, die angefangen bei Deutschland mit allen EG-Ländern intensive ökonomische Beziehungen unterhält, ärgerte sich darüber, daß die Regierung und Özal die Gleichgewichte zwischen der EG und den USA nicht beachtete. Mit der Wahl von Mesut Yilmaz zum Parteivorsitzenden und seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten wollte man auch die Unzufriedenheit der Bourgeoisie beseitigen, weil Yilmaz in der Öffentlichkeit als "Freund der Deutschen" bekannt ist, weil sein Bruder und er selbst mit dem deutschen Kapital auf gutem Fuß stehen, er bis vor einem Jahr Außenminister war und während dieser Zeit gute Beziehungen nach Europa geknüpft



hat und das Vertrauen der Herrschenden in Europa gewinnen konnte. Die Großbourgeoisie drückt ihre Zufriedenheit über die neue Situation ganz offen aus. Es ist anzunehmen, daß die EG über Mesut Yilmaz größeren Einfluß auf die Außenpolitik und die Innenpolitik der Türkei bekommen wird.

3. Die neue Parteileitung und Regierung werden dafür sorgen, daß die Türkei ihren ökonomischen, ideologischen und politischen Einfluß in einigen Regionen der UdSSR erweitert. Sie wird somit die Expansion der türkischen Bourgeoisie unterstützen. Die Türkei will die internationale Konjunktur ausnutzen, um ihren Einfluß im Mittleren Osten und besonders in der UdSSR auszubauen, auch wenn sie sich nicht geographisch erweitert. Sie setzte im Mittleren Osten auf die kurdische Karte – eine größtmögliche Autonomie der Kurden innerhalb des Irak zur Schwächung des Baath-Regimes, bei gleichzeitiger Unterdrückung der Kurden in der Türkei – und erlangte eine stärkere Position. Sie engagiert sich zur Zeit besonders in den türkischsprachigen, islamischen Republiken in der UdSSR, um ihren Einflußbereich dort auszubauen. Der Erfolg in dieser Richtung hängt nicht nur von der ökonomischen Entwicklung, sondern auch von ideologischen und kulturellen Beziehungen ab. Özal und die türkische Bourgeoisie wollen die Gemeinsamkeiten in der Religion, der Sprache, der Geschichte und den Traditionen ausnutzen, um intensive Kontakte zu sowjetischen Republiken wie Aserbaidschan, Kasachistan und Turkmenistan aufzubauen. Die iranischen Bemühungen um diese Republiken, die auf extremen Fundamentalismus basieren, will die Türkei mit den Motiven des Türkentums und des Islams in die Leere führen.

Die neue Parteileitung und Regierungszusammensetzung besteht aus Kadern, die diese Ziele Özals und der Bourgeoisie zu verwirklichen gewillt sind.

4. Es muß der Eindruck erweckt werden, daß der Rückgang der Stimmen der ANAP aufhaltbar ist, daß die Regierung neues Vertrauen gewinnen kann, die ziemlich gespannten Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft aufgelockert und die ökonomischen Probleme bewältigt werden können. Realstand die ANAP vor ihrem letzten Parteikongreß mit allen gesellschaftlichen Kreisen auf schlechtem Fuß. Nach dem Wechsel der Parteileitung und der Regierung wurden große Teile der Gesellschaft mit Ausnahme der ArbeiterInnen und der Kurden zufriedengestellt. Um genau dieses Ergebnis zu erzie-

len, hat Özal es für notwendig gefunden, das Image der ANAP und der Regierung zu erneuern.

## REGIERUNGSWECHSEL – KANN DAS DIE LÖSUNG SEIN?

In Folge der bis jetzt beschriebenen Entwicklungen folgte auf den Wechsel der Parteileitung in der ANAP der Regierungswechsel. Dieser Regierungswechsel hat verschiedene Teile der Gesellschaft mit Ausnahme der Arbeiter und der Kurden positiv beeinflußt. Ein wichtiger Grund hierfür ist die Entschlossenheit der neuen Regierung unter Mesut Yilmaz, die ökonomischen Probleme zu lösen. Die neue Regierung versucht, den Eindruck zu erwecken, daß sie Maßnahmen einleiten werde, die die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verbessern und die Inflationsrate von 70 % nach unten drücken könnten.

Jedoch scheint dies nicht möglich zu sein. Es kann nicht die Rede davon sein, daß eine Wirtschaft, deren Auslandsschulden ca. 50 Milliarden Dollar, Binnenschuldung ca. 20 Milliarden Dollar beträgt, die einen Großteil des nationalen Einkommens zur Tilgung der Auslandsschulden und für Importe aufsaugt, die nicht die produktiven, sondern die Dienstleistungs- und Handelssektoren subventioniert, in einer kurzen Zeit einen Aufschwung nehmen wird.

Zweitens ist es bekannt, daß der Anteil des Kapitals und dessen Profite an der Einkommensverteilung sich seit 1980 zum Nachteil der Landwirtschaft und der Löhne stark erhöht hat. Das Kapital wird auf diese Position nicht verzichten wollen. 1977 betrug der Anteil der Landwirtschaft an der Einkommensverteilung 29 %, der Anteil der Löhne 37 % und der des Kapitals 34 %. Schon 1988 sahen diese Zahlen wie folgt aus: Anteil der Landwirtschaft 17 %, Löhne und Gehälter 14 %, Kapitalanteil 59 %. (Auch 1991 werden sich diese Zahlen nicht viel verändern.)

Es kann nicht erwartet werden, daß eine Bourgeoisie, die den Löwenanteil an den von arbeitenden Teilen der Gesellschaft produzierten materiellen Werten bekommt, Maßnahmen zur Erhöhung des "Wohlstands" zustimmt. Es ist auch bekannt, daß das Kapital sogar Maßnahmen der Regierung Mesut Yilmaz ablehnt, die auf die Erhöhung der Wahlchancen der ANAP zielen. Die ANAP ist gezwungen, einige Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage vorzunehmen, um ihren Stimmenanteil zu erhöhen. Z.B. muß sie die Löhne der Arbeitenden und das Einkommen der Landwirtschaft

verbessern.

Abgesehen davon, daß solche Maßnahmen auf Ablehnung der Kapitalseite stoßen werden, hängt deren Durchführung auch davon ab, daß die neue Regierung Geldquellen findet. Da solche Quellen nicht vorhanden sind, wird die einzige Lösung Geld drucken sein. Aber hiervon werden weder die Arbeiter und Angestellten noch die Bauern profitieren können, weil die Erhöhung der Geldmenge die Inflation weiter galoppieren lassen wird.

Diese Tatsache zeigt deutlich, daß auch die neue Regierung nicht viel anders sein wird als die alten, daß der Imagewechsel bei der ANAP sinnlos ist.

Die Arbeiter werden ihren Kampf auf verschiedene Weise fortsetzen, weil sie sich mit scheinbaren Lohnerhöhungen nicht zufriedengeben werden. Vielleicht wird dann der neuen Regierung unter Mesut Yilmaz, die die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen kann, eine einzige Alternative übrig bleiben: die Spannung erhöhen... Vielleicht wird die Regierung mit Hilfe der Contraguerrilla die Spannung selbst anheizen und sich auf einen offenen Streit mit den Arbeitern einlassen. Auf diese Weise wird in der Bevölkerung von neuem das Bedürfnis nach "Ruhe, Stabilität und Sicherheit" erweckt, und die ANAP kann dann als die einzige "vertrauenserweckende" Partei sich auf Wahlen einlassen. Der vom Putsch des 12. September bestimmte Charakter der ANAP macht so etwas möglich. Es wird nach Inkrafttreten des neuen "Anti-Terror-Gesetzes" für die Regierung besonders leicht sein, eine solche Politik zu entwickeln.

Eine andere Sackgasse, die auf die neue Regierung wartet, ist die kurdische Frage. Mesut Yilmaz wird den Streit mit den Kurden fortsetzen, weil er keine demokratischen Antworten auf den zunehmend größer werdenden nationalen Widerstand der Kurden geben kann. Dies wird die kurdischen Stimmen, die wegen Aufhebung des Verbotes der kurdischen Sprache angeblich zur ANAP fließen sollten, negativ beeinflussen. In der Realität ist die kurdische Frage das einzige Thema, bei dem Mesut Yilmaz, auch wenn er wollte, keine Auflockerung zulassen kann. Denn über dieses Problem entscheidet hauptsächlich nicht die Regierung, sondern die eigentlichen Machtorgane des Staates. Und der Staat setzte genau zum Zeitpunkt der Ernennung Mesut Yilmaz zum Ministerpräsidenten neue Methoden in seinem Spezialkrieg gegen die Kurden. Konkret: er setzt bisher auf dem Land und in den Bergen angewandte



Methoden nun auch in den Städten ein. Sogar gegen Ziele, bei denen es klar ist, daß sie nichts mit der PKK zutun haben.

In der letzten Juniwoche gab es Explosionen an verschiedenen Orten Diyarbakirs. Demokratische Organisationen wie der Menschenrechtsverein oder Büros von Zeitschriften wurden mit Bomben angegriffen. Es ist offensichtlich, daß Contr-Guerilla die Bomben gelegt hat. Die Tatsache, daß der Staat nun auch andere Ziele als die PKK angreift, ist ein Zeichen dafür, daß der Krieg in Kurdistan sich ausweitet. Auch das Verbot der Farben der kurdischen Fahne und die Beschlagnahme kurdischer Kassetten müssen in diesem Rahmen betrachtet werden.

Mesut Yilmaz ist nun mit einem immer größer werdenden Problem konfrontiert. Und ihm fehlen die Mittel, dieses Problem zu lösen. Auch seine Denkweise stellt ein Hindernis vor der Lösung dieses Problems dar, auch wenn er dazu befugt wäre.

Die politischen Machthaber in der Türkei sind nicht in der Lage, die kurdische Frage zu lösen, obwohl der Führer der Patriotischen Union Kurdistans anlässlich der Sitzung der Sozialistischen Internationale in Istanbul der türkischen Regierung in bezug auf die PKK Garantieverprechen machte. Die Türkei und die Kurdistan-Front in Irak müssen sich wohl verständigt haben, die PKK zu isolieren, denn sonst hätte Talabani nicht Erklärungen zum Nachteil der PKK abgegeben.

Wenn zu diesen innenpolitischen Problemen einige neu entstandene außenpolitische Probleme hinzugezählt werden, wird es offensichtlich, daß auf Mesut Yilmaz schwere Tage warten.

Das Hauptproblem, mit dem sich die neue Regierung in den internationalen Beziehungen konfrontiert sieht, ist die Zypernfrage. In der letzten Zeit gibt es in den USA, in der UNO und der EG Bemühungen, diese Frage zu lösen. Der internationale Druck gegen die Türkei, die ein Teil Zyperns zu ihrem Provinzen gemacht hat, nimmt immer mehr zu. Die Herrschenden in Griechenland machen seit Jahren dieses Problem zu einem Hindernis vor der Verbesserung der Beziehungen der Türkei zur EG. Außerdem beeinflusst diese Frage auch die Beziehungen der USA zur Türkei. Noch konnte zwischen den Parteien hinsichtlich der Lösung dieser Frage keine Einigung erzielt werden. Sogar über die Form der Gesprächsaufnahme gibt es Differenzen. Während Özal letztes die Behandlung der Frage auf einer Konferenz, an der sich die Türkei, Griechenland, Nord- und Südzy-

pern beteiligen sollen, vorschlug, fordern Griechenland und die Südzyprioten eine Konferenz, an der sich auch die EG und die USA beteiligen sollen. Der Generalsekretär der UNC zieht Özals Vorschlag, die USA und die EG ziehen Griechenlands Vorschlag vor.

Es ist bekannt, daß Özal daran denkt, die Zypernfrage entsprechend dem Rat der USA zu lösen. Aber ein Großteil der ANAP, die anderen Parteien und die Öffentlichkeit scheinen in dieser Frage, die sie als eine "nationale Sache" betrachten, nicht bereit zu sein, Zugeständnisse zu machen. Die Zypernfrage ist in der Türkei eine Frage, bei der der Sozialdemokrat Ecevit und auch Inönü nationalistischere Positionen vertreten als die traditionellen Rechten.

Das Drängen der USA in der Zypernfrage wird die neue Regierung in Zugzwang bringen. Es ist eine geringe Unwahrscheinlichkeit, daß die neue Regierung, die sich auch als eine Regierung für die anstehenden Wahlen konstituiert hat, einer Lösungsform der Zypernfrage zustimmt, die ihr großen Stimmverlust bringen könnte.

Es scheint so zu sein, daß das Hauptthema des Besuchs des Präsidenten Bush am 20. Juli in Ankara die Zypernfrage sein wird. Bush wird gleich danach Athen besuchen und er möchte die Zypernfrage gern lösen. Daß dieser Wille Bushs von Özal über Direktiven erfüllt wird, wird der Regierung zusätzliche Schwierigkeiten bereiten.

Zweitens stoßen die Vorbereitungen, (mit dem Vorwand, die Kurden in Irak zu schützen) in der Türkei eine 5000 Mann starke US-Truppe zu stationieren, auf ernste Reaktionen sowohl der Öffentlichkeit als auch der politischen Parteien. Diese militärische Kraft, die in Silopi und Incirlik stationiert werden soll, soll bei Konflikten im Mittleren Osten sofort eingreifen. Die USA wollen damit ihre militärische Überlegenheit im Mittleren Osten unterstreichen.

Es scheint, daß die neue Regierung unter Yilmaz sich an diesen Plan halten wird, der Produkt der Zusammenarbeit Özals und Bushs ist. Der neue Ministerpräsident versucht, den Schein zu bewahren, indem er vorschlägt, daß auch die Europäer an der Schnellen Eingreiftruppe beteiligt werden sollen. Trotzdem wird die neue Regierung auch damit Probleme haben. Dieses Thema werden die anderen Parteien vor den Wahlen als einen Trumpf einsetzen. Auch wird die schnelle Eingreiftruppe zur Bildung eines neuen anti-imperialistischen Bewußtseins in Türkei-Kurdistan führen, was wohl

der Regierung noch mehr Probleme bereiten wird.

Drittens: Die Suche der EG nach einer neuen Identität und der NATO nach einer neuen Position und Legitimation wird eines der Probleme sein, mit denen sich die neue Regierung in der Türkei auseinandersetzen muß. Obwohl in der neuen Regierung angefangen beim Ministerpräsidenten viele sind, die proeuropäisch sind, wird dies nicht dazu führen, daß die Mitgliedschaft der Türkei in der EG erleichtert und beschleunigt wird.

Auf der anderen Seite fühlt sich die Türkei von der neuen Form gestört, die die NATO bekommen soll. Das Zugeständnis auf der NATO-Außenministertagung am 6. u. 7. Juni in Brüssel an die EG, daß sie eine eigenständige Sicherheitspolitik entwickeln könne, hat die Türkei, die noch kein Mitglied der EG ist, in Isolationsangst gestürzt. Auf der erwähnten Tagung hat die Türkei auf der Seite der USA die Position vertreten, daß die NATO nicht nur für die Verteidigung Europas sondern aller Mitgliedsstaaten verantwortlich sein soll. Trotzdem fühlt sich die Türkei von den Vorbereitungen der EG, langfristig eine eigene Sicherheitsstruktur aufzubauen, gestört. Die Türkei stellte einen Aufnahmeantrag in die Westeuropäische Union, die von einigen europäischen Staaten gegründet wurde, um der Gefahr der Vereinzelung und der Entfernung von Europa vorzubeugen. Es ist noch ungewiß, inwieweit die Versuche der Bourgeoisie und Özals, ein Gleichgewicht in den Beziehungen zur EG und zu den USA herzustellen, zu Ergebnissen führen werden.

Nach all den innen- und außenpolitischen Problemen muß auch noch die Erwartung der Öffentlichkeit nach Neuwahlen erwähnt werden. Denn auch sie wird die Lebensdauer der neuen Regierung ziemlich kürzen. Es wird für Özal und die ANAP schwer sein, mit den Wahlen bis Oktober 1992 zu warten, während alle Oppositionsparteien, die Presse, Teile der Armee und des Kapitals Frühwahlen fordern. Trotz aller Neuheit und ihrer Stützung auf die aufsteigenden Klassen wurde die ANAP, die als Produkt der Krise entstanden ist, in einer kurzen Zeit von 4 oder 5 Jahren von der Krise verschluckt. Die letzten Entwicklungen in der Partei zeigen, daß der Niedergang der ANAP nicht zu verhindern ist.



## Rechtsanwalt Turgut Kazan:

# „DAS ANTI-TERROR GESETZ IST WIE EIN ALPTRAUM“

*Am 12.4.91 trat das "Gesetz zur Bekämpfung des Terrors" in Kraft (Einzelheiten zu dem Gesetz siehe TI Nr. 39). Die Auswirkungen dieses Gesetzes, das alles bisher dagewesene übertrifft, das den Staatsterror legalisiert, sind bisher nur in Ansätzen spürbar. Um noch einmal auf die Bedeutung und die zu erwartenden Auswirkungen des Gesetzes einzugehen, drucken wir ein Interview mit dem Vorsitzenden der Istanbul Anwaltskammer, Turgut Kazan (erschienen am 19.5.91 in der Tageszeitung Cumhuriyet) in leicht gekürzter Form ab.*

**\* Herr Kazan, Sie sind sowohl Vorsitzender der Istanbul Anwaltskammer als auch ein bekannter Strafverteidiger. Sie haben der SHP für die Eröffnung eines Verfahrens (zur Aufhebung des Terrorbekämpfungsgesetzes -TI) vor dem Verfassungsgericht einen Bericht bezüglich dieses Gesetzes geschickt. Schützt dieses Gesetz die Demokratie vor dem Terror?**

- Das Terrorbekämpfungsgesetz (...) kann nach meinem juristischen Verständnis niemals dem Terror vorbeugen, ganz im Gegenteil, es wird Terror provozieren. Demokratie ist die Bezeichnung für eine Ordnung, die die Freiheiten und die Sicherheit der Personen sicherstellt. Deshalb muß es, wenn wir ein Terrorbekämpfungsgesetz machen, unser Ziel sein, die Demokratie zu schützen. (...)

**\* Ich glaube, in allen modernen Ländern existiert das Verständnis, daß Demokratie und freiheitliche Ordnung vor dem Terror geschützt werden, bei uns dagegen ist es immer der Staat, der vor dem Terror geschützt wird.**

- Nein, nicht vor dem Terror, vor den Menschen soll der Staat geschützt werden. Der Terror ist ein Vorwand. Der Staat wird vor den Freiheiten und der Sicherheit (der Menschen) geschützt. D.h. die Regierungen schützen sich selbst. (...) Und mit diesem Ziel denken sie sich Wege aus, wie sie die Freiheiten noch ein wenig einschränken können.

**\* Sie haben gesagt, daß das Gesetz Terror provozieren wird. Wie soll das vorgehen?**

- Terror sollte in der Demokratie ausgeschlossen werden. Wie soll

das gehen? Jedersollte gegen Terror sein. Niemand sollte Terror mit Wohlwollen betrachten. In gesunden Demokratien ist das sowieso der Fall. In unserer Demokratie ist alles in einem solchen Maß verboten, daß die Menschen, vor allem die jungen Generationen, von selbst dem Terror übergeben werden.

Aus diesem Grunde wäre eigentlich der richtige Weg der Bekämpfung des Terrors, die Freiheiten auszuweiten. D.h. für eine Jugend, die die Welt ändern möchte, die eine schönere Zukunft schaffen möchte, muß man die Freiheiten schützen.

Sie sollen Vereine gründen, Flugblätter drucken, Versammlungen abhalten, diskutieren. Auf diese Weise werden sie die Möglichkeit finden, ihre Gedanken (...) sowohl heranzureifen zu lassen als auch ihren Ausdruck zu verleihen. Wenn Sie das ganz und gar verbieten, und das ist in der Türkei der Fall, dann sind Sie selbst es, der die Menschen (besonders die Jugend) auf illegale Wege treibt. (...)

**\* Dies gibt, so glaube ich, auch den Terrororganisationen die Möglichkeit, sei es den Intellektuellen, sei es der Weltöffentlichkeit sympatisch zu erscheinen.**

- Sicherlich. Der zweite Punkt den man zum Thema Terror kennzeichnen muß, ist der, den Sie angesprochen haben. Wenn Sie jetzt die Freiheiten begrenzen und wenn sie diejenigen, die Ihnen zuwiderlaufende Ansichten äußern, die Sie kritisieren auf verschiedene Weise bestrafen, vermischen sich (...) Terror und Meinungsvergehen völlig miteinander. Man weiß ja, daß die Leute im Gefängnis Meinungsvergehen begangen haben. Das heißt, gegenüber dem Terror eine Atmosphäre des Wohlwollens zu schaffen.

**\* Sie haben gesagt, die Gründung eines Vereins, die Herausgabe einer Zeitung, seine Gedanken auszudrücken, all dies werde in einem Zug mit dem Terror abgehandelt. Können Sie dies an Hand konkreter Beispiele aus dem Gesetz erklären?**

- Sehen Sie, man behauptet, daß mit diesem Gesetz die §§ 141, 142, 163 und sogar 140 aufgehoben und ein bedeutender Schritt in Richtung Demokratie getan wurde. Sowohl der Staatspräsident, als auch der Ministerpräsident, der Justizminister sowie viele andere (...) Minister haben dies gesagt.

Nun wurden tatsächlich mit einem Paragraphen des Gesetzes Nr. 3713 diese genannten geschichtlichen Paragraphen außer Kraft gesetzt, aber mit dem § 1 (\*) dieses Gesetzes wurde eine noch gefährlichere Regelung getroffen. Sie wissen sowieso, daß bei den Diskussionen um die Aufhebung der 141, 142 das am meisten vorgebrachte Hindernis der § 14 der Verfassung war. Jeder diskutierte dies.

Es hieß, solange es den § 14 der Verfassung gebe, könnten die §§ 141-142 nicht aufgehoben werden. (...) Die Regierung sah den § 14 als ein ernsthaftes Hindernis an. Nun, wie hat die Regierung dieses Hindernis überwunden?

Sie hat es nicht überwunden!

(...) Die §§ 141-142 wurden dem Schein nach psychologisch und politisch aufgehoben. Dies wurde als Propaganda benutzt. Aber die Sanktionierung des § 14 der Verfassung (...) wurde heimlich in den ersten Paragraphen eingebaut.

Natürlich wurde diese Neuregelung (...) noch gefährlicher als die §§ 141 - 142. Warum? (...) Das Gesetz spricht (bei der Definition von Terror in § 1 -TI) von "jeglicher Aktion, die mit dem Ziel geführt wird, die in der Verfassung festgelegte ökonomische Ordnung zu ändern mit einer der Methoden Ängstigung, Einschüchterung, Nötigung."

Nun sind diese Begriffe Ängstigung, Einschüchterung, Nötigung keine juristische Begriffe. Die anderen verwendeten Begriffe Gewalt, Zwang, auch Drohung verstehe ich. Aber jene Begriffe können für jede Meinungsäußerung, für jede Demonstration, für jedes demokratisches Ziel angewendet werden.

Jetzt wurde das Vergehen, das vorher als "die Vorherrschaft einer Klasse über die anderen errichten" bezeichnet wurde, dahingehend umgewandelt "Aktionen durchzuführen mit dem Ziel, die in der Verfassung festgelegte ökonomische Ordnung zu verändern".

Wenn wir weiter (die Definition von Terror -TI) betrachten, "die Autorität des Staates schwächen" (...), es gibt doch kein Vergehen, das nicht die Schwächung der Autorität des Staates zum Ergebnis hat. Man kann sagen, daß in der Strafjustiz jedes Vergehen eine Eigenschaft besitzt, die die Autorität des Staates schwächt.



**\* Können Sie das ein wenig erläutern? Leider weiß die Öffentlichkeit das nicht. D.h. (...) irgendein auf Zwang gerichtetes Vergehen erschüttert die Autorität des Staates.**

- Es erschüttert die Autorität des Staates aus folgendem Grund: Um die Gesellschaftsordnung schützen zu können, befehlen die Gesetze die Anpassung an bestimmte Regeln. Wenn einige Personen sich nicht an diese Gesetze halten, wird die Gesellschaftsordnung zerstört, deshalb wird der Staat, der dieses Verbot aufgestellt hat, geschwächt. Denn der Staat existiert, um eine funktionierende Gesellschaftsordnung, um Menschenbeziehungen schützen zu können.

Nun können alle Aktionen jeder Art, z.B. Engagement für den Umweltschutz, jederzeit unter den § 1 fallen. (...) Z.B. ein Kernkraftwerk soll gebaut

werden. Wenn 1.000 Leute einer Umweltgruppe gegen den Bau des Kraftwerkes eine Menschenkette bilden und vor einem dorthin kommenden Lastwagen stehen bleiben, ist dies eine Nötigung. Und es ist eine Aktion, die Autorität des Staates zu schwächen. Aber es darf nicht als Terror gerechnet werden. Diese Art von Aktion, die überall auf der Welt ganz natürlich gesehen wird und die die Menschen als einen demokratischen Protest wohlwollend betrachten, kann unter den § 1 fallen.

**\* Wenn z.B. die SHP (Sozialdemokratische Volkspartei - TI), weil sie auf ökonomischer Ebene eine Ordnung mit mehr Mitbestimmung möchte, um die ökonomische Ordnung in der Verfassung oder in der heutigen Praxis zu ändern, Kundgebungen veranstaltet...**

- Natürlich, dies alles (...) ist geeignet für die Begriffe Nötigung, Angstigung, Einschüchterung. Sie

machen eine Kundgebung mit 100.000 Personen, Sie sagen "Wir kommen an die Macht, bald", alle schreien das zusammen. Hier gibt es sowohl eine Einschüchterung, als auch eine Angstigung, als auch eine Nötigung. Das ist verboten nach dem § 1.

**In Izmir findet ein erster Prozeß nach dem neuen Anti-Terror Gesetz gegen 2 Personen statt, die wegen des Verkaufs der Zeitschrift "Devrimci Genclik" (Revolutionäre Jugend) und der Mitgliedschaft in dieser Organisation angeklagt werden. Darauf steht eine Strafe von bis zu 5 Jahren. Die Angeklagten brachten vor, daß "Devrimci Genclik" eine Zeitschrift sei und keine Organisation! Cumhuriyet, 13.6.91**

**\* Können Sie als Jurist eine Unterscheidung treffen, welche Aktionen das Gesetz umfaßt und welche nicht?**

- Es gibt überhaupt keinen Juristen, der nach diesem Gesetz so eine Unterscheidung treffen könnte. Die Gefährlichkeit des Gesetzes liegt sowieso hier. Nach diesem Gesetz ist es nicht klar, welche Aktion als Vergehen zu rechnen ist, wann sie als solches zu rechnen ist und welche bzw. wann nicht.

**\* D.h. die Unvereinbarkeit mit dem Grundsatz "Ohne Gesetz kein Vergehen" ist hier noch schwerwiegender als beiden §§ 141-142...**

- Ich meine, daß die Unbestimmtheit nicht verringert wurde, sie wurde vermehrt. Denn dort war es wenigstens der Grundsatz, diejenigen einzusperren, die kommunistische Gedanken oder Gedanken in diese Richtung hatten. Aber lediglich die in der Verfassung festgelegte ökonomische Ordnung (verändern zu wollen -TI), naja, dies zu verstehen ist nicht möglich.

In der Entscheidung, die das Verfassungsgericht für die Sozialistische Partei getroffen hat, hat es gesagt, daß eine Partei gegründet werden darf, mit dem Ziel, die in der Verfassung festgelegte wirtschaftliche Ordnung zu ändern. Aber das ist jetzt verboten. Es wurde eine Regelung getroffen, die hinter die Sozialistische Partei Entscheidung des Verfassungsgerichtes (...) zurückgeht.

## "Keine Absicht" beim Todesfall im Verhör

Die gegen den Hauptmann Ali Sönmez mit den Vorwurf, den Lehrer Siddik Bilgin durch Folter getötet zu haben, eröffnete Gerichtsverhandlung ist eingestellt worden und die Akten werden dem Provinz-Verwaltungsrat Bingöl eingeleitet. Die 2. Große Strafkammer Ankara anerkannte, daß der Hauptmann Sahin und die anderen Angeklagten um das Delikt gestehen zu lassen Bilgin gefoltert hatten, aber sie sei der Überzeugung, "der Todesfall durch Folter um das Delikt gestehen zu lassen ist nicht vorsätzlicher Tötung."

Die letzte Verhandlung des seit vier Jahren dauernden Prozesses wurde gestern vor der 2. Großen Strafkammer Ankara fortgeführt. Die Rechtsanwälte von Siddik Bilgin Orhan Gürkan und Müjgan Bilgin machten geltend, Siddik Bilgin sei infolge der Folter getötet und die Angeklagten Ali Sahin, Ibrahim Yildiz Görür, Mehmet Acar, Ümit Eris und Suat Akova hätten unter Mißbrauch ihres Amtsgewaltens vorsätzlich durch Folter Menschen getötet, sie seien deshalb zum Tode zu bestrafen.

Der Staatsanwalt sagte, "gemäß letztem Ansatz des Art. 15 Gesetz Nr. 3713 zur Bekämpfung des Terrors sind Sicherheitsbeamte und deren Vorsteher sowie andere öffentlichen Beauftragten, die gegen Terror kämpfen, bei Vorwürfen, ausgenommen vorsätzlicher Tötung und Versuch zu vorsätzlichen Tötung, dem Gesetz zur Verhandlung der Beamten unterworfen. Gemäß einer Rechtsbesprechung des 8. Senats des Kassationshofes im 1983 für die im Art. 243 türk. StGB geschriebenen Delikte reichen Tötung, Folter, Ehr- und Menschenunwürdige, grausame Vorgehen durch zuständige Behörde an Beschuldigte um sie ihre Delikte gestehen zu lassen. Die Klage gegen Ali Sahin ist im Sinne dieser Rechtsprechung zu sehen und ist festzustellen, daß die Angeklagten folterten um Siddik Bilgin zum Anerkenntnis zu bringen. Die Schuld der Angeklagten ist nicht vorsätzliche Tötung, sondern im Sinne des Art. 452/1 türk. StGB im Zusammenhang mit den Art. 243 türk. StGB zu bewerten. Ich beantrage, die öffentliche Klage gem. Art. 253/4 Strafprozessordnung einzustellen und die Akte dem Provinzverwaltungsrate einzuleiten."

Das Gericht hat in Übereinstimmung mit dem Staatsanwalt den Prozeß gegen Ali Sahin eingestellt. "Die Angeklagten haben ohne Absicht auf Töten Siddik Bilgin zum Tode geführt. Nach der Tat wird der Prozeß gem Art. 15 Gesetz zur Bekämpfung des Terrors eingestellt." Die Akte wurde für einen Entschied dem Provinzverwaltungsrat Bingöl eingeleitet.

Milliyet, 1. Juni 1991)



Der Paragraph 24 des Gesetzes besagt, "Das Gesetz tritt mit Veröffentlichung in Kraft." Es ist vollständig in Kraft getreten, aber ich habe das Gefühl, daß das Gesetz nicht angewendet wird. Wann es angewendet werden wird, ist nicht klar. Aber eines Tages wird es angewendet werden. In dem Moment wo das Exekutivorgan sieht, daß es sich in einer schwierigen Situation befindet, kann es die Türkei in einen großen Terror hineinreißen. Jetzt sage ich für die Paragraphen 141-142 "das war ein schrecklicher Traum". Es war wirklich ein schrecklicher Traum.

Aber wir hatten uns an diesen schrecklichen Traum gewöhnt. Jetzt beginnt ein unerträglicher Alptraum. (...) Damals, wenn Sie nach den Paragraphen 141-142 verurteilt wurden, hatten Sie ein gewisses Ansehen. Denn die Gesellschaft betrachtete dies als ein "Meinungsvergehen". Jetzt werden Sie, weil es eine große Begriffsverwirrung gibt, als Terrorist angesehen werden. Sie werden in besondere Gefängnisse gebracht. Sie werden in Einzelzellen bleiben. Sie werden nicht mit Ihrem Anwalt sprechen können und nicht von der bedingten Freilassung profitieren. Das heißt, das Mörder, Waffenschmuggler und Heroinhändler nach nahezu der Hälfte ihrer Strafe freigelassen werden, aber Sie werden nach Paragraph 17 einen viel größeren Teil Ihrer Strafe absitzen müssen. So werden Sie im Hinblick auf die Strafvollstreckung mit einer Situation konfrontiert, die einen Menschen rebellieren lassen muß. Eben diese Dinge, die ich "provizieren" genannt habe, heben die Tendenzen in der Gesellschaft auf die den Terror ausgrenzen. Und es schafft eine Atmosphäre, die den Terror nährt. Aus diesem Grund wird das Gesetz dem Terror niemals vorbeugen können. Der Staat wird den Terror bringen.

Aber wenn ich von Staatsterror spreche, sage ich das nicht nur in Bezug auf den Paragraphen 1. Es gibt wirklich eine Regelung, die das, was wir legalen Staatsterror genannt haben, sorgfältig zur Ausführung bringen und verwirklichen wird. Z.B. birgt der § 15 eine gefährliche Zukunft in sich. Nach diesem Paragraphen können Mitglieder einer Polizeikraft, die ein Delikt begangen haben, nicht inhaftiert werden. Außer bei einem Tötungsdelikt können sie nicht vor Gericht gestellt werden. Dies wird nun geradewegs zum Staatsterror führen, wenn man ein Inhaftierungsverbot bringt, einen Teil von Menschen, die eine Tat begangen haben anders behandelt als einen anderen Teil (...).

\* **D.h. die Unantastbarkeit des**

#### **Folterers...**

- Töte wie du willst. Eine andere Bedeutung als diese hat der § 15 dieses Gesetzes nicht. "Bis heute konnten sowieso die Verantwortlichen für die Todesfälle oder die Folter nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Weil es keine Beweise gibt, keine Möglichkeit dazu. Alles geschieht an einem geheimen Platz. Welcher Polizeibeamte wurde deshalb schon verhaftet?" hört man. Mit diesem Gesetz wird folgendes sichergestellt: "Los, Polizeibeamter, hab überhaupt keine Angst! Als Staat stehe ich hinter Dir. Zum einen wirst Du nicht verhaftet, daß heißt du entkommst. Auch wenn die Beweise gegen Dich sprechen, werden wir Dich entkommen lassen."

Aus diesem Grund kann die Türkei mit einem sehr gefährlichen Staatsterror konfrontiert werden. Zusammen mit dem ersten und zweiten Paragraphen dieses Gesetzes wird nach § 7 bei jeder Aktion für die Veränderung der Verfassungsmäßigen Wirtschaftsordnung, wenn 2 Personenzusammenkommen, daraus eine Organisation. Dann bekommen sie eine Gefängnisstrafe von bis zu 10 Jahren; wenn jemand für diese Organisation Propaganda macht, bekommt er bis zu 5 Jahren Gefängnis.

Um niemandem zu täuschen, daß heißt damit sich niemand von den abgegebenen Erklärungen täuschen läßt, in den §§ 3 und 4 des Gesetzes werden besondere Straftatsbestände aufgezeigt, die man wirklich als terroristische Straftaten rechnen kann. Aber das sind sowieso in unserem Strafgesetz vorhandene Straftatsbestände. (...) Um deren Strafe anzuheben, wenn das nötig ist, braucht man auch kein extra Gesetz. Man erhöht die Strafe einfach. In dieser Hinsicht werden außer Terrorvergehen Aktionen zu terroristischen Straftaten gerechnet werden, die wir bisher als "Meinungsvergehen" kannten. (...)

\* **Bei den §§ 141-142 war das so, daß zu machen Zeiten bestimmte Taten nicht als Taten nach 141-142 angesehen wurden. In anderen Zeiten, nach dem wer weiß wieviele Jahre vergangen waren, wurden diese zu 141-142 gerechnet und Anklage erhoben.**

- Wovon Sie sprechen ist, daß die §§ 141-142 in normalen Zeiten nicht angewendet wurden, jedoch in Zeiten des Ausnahmezustandes, normalerweise in Zeiten Militärregierungen. Offengestanden, ich erwarte jetzt keinen militärischen Eingriff in der Türkei, ich sehe auch keine Chance und Gegebenheit dafür. Aber im Unterschied dazu, in dem Moment, wo dieses zivile Regime in ökonomischer oder politischer Hinsicht unter Druck gerät, in die Ecke gedrängt wird, wird auch ein ziviles Regime so

ein Gesetz anwenden. Das zivile Regime hat das Gesetz selbst heraus gebracht, eben um es, wenn es notwendig wird, anzuwenden. Aus diesem Grund können wir mit noch überraschenderen Ergebnissen konfrontiert werden.

\* **Können wir dann dieses Gesetzstext als einen Text ansehen, der den zivilen Putsch, an dessen Existenz ich persönlich glaube, vervollständigt?**

- Ja, das können Sie.

Wo dieses Gesetz vorbereitet wurde, weiß ich zwar nicht, aber ich weiß, daß es nicht im Justizministerium und auch nicht innerhalb der Regierung vorbereitet wurde. Wer der Architekt dieses Gesetzes ist - offengestanden - das würde mich auch interessieren.

### **Bestimmung des Terrorsbegriffes**

Art. 1 - Terror ist jede Form von Aktivitäten einer oder mehrerer, einer Organisation angehörender Person bzw. Personen, welche geeignet sind, mittels Unterdrückung, Zwang, Gewalt, Ängstigung, Erpressung, Einschüchterung oder Nötigung die in der Verfassung festgelegten Merkmale der Republik, ihre politische, rechtliche, soziale, laizistische und wirtschaftliche Ordnung zu verändern, die Einheit des mit seiner Nation unteilbaren Staates zu zerstören, die Existenz des türkischen Staates und der Republik in Gefahr zu bringen, die staatliche Autorität zu schwächen, auszuhebeln oder an sich zu reißen, die Grundrechte und -freiheiten außer Kraft zu setzen, die öffentliche Ordnung oder die allgemeine Gesundheit zu beeinträchtigen.

### **Strafverfahren ohne Haft**

Art. 15 - Strafverfahren, gegen im Kampf gegen den Terror tätige leitende und einfache Beamte des Nachrichtendienstes und der Ordnungsbehörden, oder gegen im Rahmen der Tätigkeit dieser Behörden eingesetztes sonstiges Personal, wegen Straftaten, die sie angeblich in Ausübung ihrer Aufgaben begangen haben, werden bis zum Abschluß des Verfahrens ohne Untersuchungshaft geführt.

In Strafverfahren, gegen im Kampf gegen den Terror tätige leitende und einfache Beamte des Nachrichtendienstes und der Ordnungsbehörden, oder gegen im Rahmen der Tätigkeit dieser Behörden eingesetztes Personal, wegen Straftaten, die sie angeblich in Ausübung ihrer Aufgaben begangen haben, werden höchstens drei Rechtsanwälte zugelassen; die Zahlung von Verteidigerhonoraren erfolgt ohne tarifliche Bindung aus einem hierfür bestimmten Posten des Budgets der betroffenen Behörde.

Bei fahrlässigen und anderen Straftaten, die angeblich von im Kampf gegen den Terror tätigen leitenden und einfachen Beamten des Nachrichtendienstes und der Ordnungsbehörden, oder im Rahmen der Tätigkeit dieser Behörden eingesetztem Personal begangen worden sind, findet, sofern es sich nicht um versuchte oder vollendete Tötungsdelikte handelt, das Gesetz über das Strafverfahren gegen Beamte Anwendung.



Interview mit Ercan Kanar, Rechtsanwalt  
und Vorsitzender des Menschenrechtsvereins Istanbul, geführt im Mai 1991

## "Das 'Anti-Terror-Gesetz' verstößt gegen internationale Rechtsnormen"

*Frage: Wir haben festgestellt, daß das "Anti-Terror-Gesetz" eigentlich im Zentrum aller Gespräche und Diskussionen, die wir hier führen konnten, gestanden hat. Könnten wir eine kurze Einschätzung dazu haben, wie sich das "Anti-Terror-Gesetz" auf die Menschenrechtssituation auswirken wird?*

**Kanar:** Das "Anti-Terror-Gesetz" muß man betrachten unter politischen und juristischen Aspekten.

Zu den politischen Aspekten kann man sagen, daß die Regierung damit ein Gesetz erlassen hat, das in der Zukunft Militärputsche unnötig machen soll, da dieses Gesetz schon als ein ziviler Putsch gegen das Recht zu bewerten ist. Damit wurde ein Instrument geschaffen, mit dem die Regierung und auch folgende Regierungen alle Mittel in der Hand haben, gegen Demokratie und Menschenrechte zu verstoßen. Außerdem gibt es ja noch für die kurdischen Gebiete diese berühmten Ausnahmezustandsdekrete. Man kann sagen, daß mit dem Gesetz für die gesamte Türkei Regelungen geschaffen wurden, die diesen Ausnahmezustandsdekreten gleichkommen.

Gleichzeitig sollte mit diesem Gesetz die internationale Öffentlichkeit getäuscht werden, denn die Strafrechtsartikel 140, 141, 142 und 163 wurden aufgehoben und in der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, es würden weitere Fortschritte in der Demokratisierung gemacht. Im Schatten dieses Eindruckes wurde ein Rechtssystem eingeführt, das noch viel schärfer und restriktiver ist.

Unter juristischen Aspekten gibt es zwei Hauptpunkte: Einmal die Vollzugsbestimmungen, die einen großen Schritt rückwärts gegangen sind und jetzt viel restriktiver gehandhabt werden können, zum anderen unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen und politischen Rechtes, wo auch restriktivere Bestimmungen eingeführt wurden.

Im Vollzug wurde ein System geschaffen, in dem verschiedene Gefangene nach unterschiedlichen Maßstäben behandelt werden, was gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Die Dauer der tatsächlich abzusetzenden Strafe richtet sich jetzt danach, ob jemand als politischer Straftäter verurteilt wurde oder nicht. Z.B., wenn jemand einen Menschen

aus politischen Gründen getötet hat und auf Grund des neuen ATG verurteilt worden ist, muß er 30 Jahre sitzen für eine lebenslange Haftstrafe. Jemand der das gleiche Delikt begangen hat ohne politische Hintergründe, muß nur 16,5 Jahre sitzen. Es ist damit also ein System von Ungleichheit im Vollzug geschaffen worden, das es sonst nirgends auf der Welt gibt und auch vorher nicht in der Türkei gegeben hat.

Die Ungleichheit besteht auch in den sogenannten Übergangsparagraphen. Leute, die aus politischen Gründen verurteilt wurden müssen erheblich längere Haftstrafen absitzen als andere. Z.B. Leute, deren Todesurteile umgewandelt wurden in lebenslange Haftstrafe müssen mit politischer Verurteilung 20 Jahre sitzen, ohne 10 Jahre. Aber neben diesen Übergangsregelungen, die nur kurze Zeit gelten, wurde auch eine dauerhafte Ungleichheit eingeführt in dem Sinne, daß Leute, die nach dem ATG verurteilt wurden 3/4 ihrer Strafe absitzen müssen, während es bei den anderen wesentlich weniger ist.



Auch Kinder nehmen an den Hungerstreiks gegen das "Anti-Terror-Gesetz" teil.



← Außerdem verstößt dieses Gesetz gegen ganz grundlegende rechtsphilosophische Grundlagen. Normalerweise geht man davon aus, daß eine Strafe dazu dienen soll, einen Menschen zu bessern. Hier wird auch ein Unterschied gemacht: bei nicht politischen Straftaten wird diese Möglichkeit mit dem Vollzugsgesetz eingeräumt, bei politischen weniger. Außerdem ist man nach internationalen Rechtsgrundsätzen gerade bemüht, Erleichterungen einzuführen für Leute, die aus politischen Gründen verurteilt wurden. In der Türkei ist es genau das Gegenteil: für politische Gefangene werden besonders strenge Regeln eingeführt.

Ein weiterer allgemeiner Rechtsgrundsatz ist, daß Richter keine Strafe verhängen dürfen, die über die Höchststrafe für eine bestimmte Tat liegen. Das ATG schafft ganz allgemein die Möglichkeit, daß Richter höhere Strafen geben dürfen. Ein Grundsatz ist, daß jemand der angeklagt wird, wissen muß, wie hoch das Strafmaß für eine bestimmte Straftat ist. Dies ist damit nicht gegeben, da der Richter mit dem ATG Strafen geben kann, die über den Höchststrafen für nicht politische Gefangene liegen.

Ein weiterer Rechtsgrundsatz ist, daß das Strafmaß im Gesetz genau bestimmt sein muß. Hiergegen wird im Gesetz verstoßen, da der Terrorbegriff völlig allgemein gehalten ist und jeder Staatsanwalt oder Richter ihn auslegen kann, wie er will. Es ist die

Am 7.6.91 wurde M. Kaya, ein kurdischer Student der Universität Istanbul, auf offener Straße erschossen. Wie zwei Augenzeugen auf einer Pressekonferenz in Istanbul berichteten, hatten Angehörige der politischen Polizei, die sich in einem PKW mit Ankaraner Kennzeichen aufhielten, M. Kaya genähert. Sie hatten ihn mit dem Namen "Ulas" (dies ist der Name eines 1972 ermordeten, sehr bekannten Revolutionärs) angesprochen. Als M. Kaya daraufhin umgedreht hatte, wurde er erschossen. Man wirft ihm vor, Flugblätter der verbotenen TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei) in Istanbul verteilt zu haben.  
Auseiner Presseerklärung von DİDF vom 11.6.91



Hungerstreik gegen das "Anti-Terrorgesetz" in Bremen

Rede von "Einschüchtern", "Angst verbreiten" und die "öffentliche Ordnung gefährden", usw. Dies alles sind Begriffe mit denen man im Grunde genommen alles bestrafen kann, weil niemand weiß, was damit genau gemeint ist. Die Regierung kann damit sämtliche Aktivitäten kriminalisieren, die ihr nicht gefallen.

So wie schon der Begriff des Terrors völlig unzureichend definiert ist, gilt das gleiche natürlich auch für Organisationen, die in Zukunft als "terroristische Organisation" eingestuft werden. Nach dem ATG kann jede Gewerkschaft, jeder Verein und jede Organisation als "terroristische Organisation" definiert werden. Auch in westlichen Ländern gibt es "Anti-Terror-Gesetze", aber soweit wir bislang untersucht haben, ist die Straftat und das Strafmaß dort festgelegt. Der bewaffnete Kampf, bewaffnete Aktionen gilt dort als "terroristisch". Nach dem türkischen ATG können auch Organisationen in der Form definiert werden, die nie bewaffnete Aktionen durchgeführt haben.

Wenn in einem Verein, der z.B. 1000 Mitglieder hat, ein Mitglied eine Straftat begeht, kann nach dem Gesetz der gesamte Verein dafür verantwortlich gemacht werden. Dies kann nur als ein mittelalterliches Strafverständnis gewertet werden. Früher wurde in der Türkei die ganze Familie für eine Straftat eines Familienmitgliedes zur Rechenschaft gezogen.

Weiterhin dürfen Vereine und Organisationen verboten werden, wenn sie "Terroristen" helfen und

"terroristische Organisationen" unterstützen. Bei der unklaren Definition des Begriffes "terroristische Organisation" ist natürlich auch der Begriff der Hilfe und Unterstützung völlig unbestimmt. Ein Beispiel wäre z.B. die türkische Menschenrechtsstiftung in Ankara, deren Arbeitsschwerpunkt ist, Folteropfer medizinische Hilfe zukommen zu lassen. Wenn also Menschen dorthin kommen, die gefoltert wurden und die unter das ATG fallen, könnte demnach die Menschenrechtsstiftung verboten werden, weil sie diesen Menschen geholfen hat.

*Frage: SHP und andere Organisationen haben Anträge gestellt zur Überprüfung des ATG vom "Grund-Gesetz-Gericht" (vergleichbar mit dem Verfassungsgericht, TI). Wie bewerten Sie diese Anträge?*

*Kanar: Früher war das Verfassungsgericht der Regierung gegenüber unabhängig. In den letzten Perioden des Özal-Regimes wurden Özals Funktionäre (ausgewählte Anhänger seiner Regierung) ins Verfassungsgericht berufen. Ich bin nicht sehr optimistisch, aber wenn man normale Rechtsregeln ausführen würde, müßte man das Gesetz abschaffen. Nicht nur 1 oder 2 Paragraphen, sondern sehr viele. Ich habe wenig Hoffnungen, daß das Gesetz abgeschafft wird, aber das hängt auch von der Öffentlichkeit ab. Momentan haben die Parteien wenig Interesse an dem Gesetz. Das kann sich aber im Laufe der Zeit ändern.*





Dashängt von den Bemühungen der Menschenrechts - Sympatisanten ab, ob sie dagegen ausreichend protestieren. Auch die reaktionen der westlichen Menschenrechtsvereine und der Weltöffentlichkeit werden dabei eine große Rollespielen.

Dieses Gesetz beinhaltet auch einen Teil über die Presse. So fand z.B. in Kurdistan eine Schießerei statt. Die Republikanische Zeitung verurteilte daraufhin einen Artikel, der dem Lage-Gebiets-Gouverneur mißfiel. Durch das ATG wurden jetzt die Herausgeber bestraft. Früher wurden nur der Verlagsdirektor und der Druckerchef, wenn der Reporter bestimmt werden konnte.

Im Allgemeinen gab es früher zur Gefängnisstrafe keine Geldstrafen. Einer, der heute wegen einer Organisationsmitgliedschaft verurteilt wird, muß nach seiner Gefängnisstrafe noch Geldstrafen bezahlen. Die Geldstrafen betragen zwischen 100 und 500 Millionen Lira.

Das Gesetz verstößt gegen internationale Folterabkommen. Früher konnte man die Folterer anzeigen, wenn ein ärztliches Attest vorlag. Auch wenn man heute ein Attest hätte, könnte man den verantwortlichen Beamten nicht anzeigen. Einzig, wenn der Vorwurf versuchter Mord oder Mord lautet, kann man noch Anzeige erstatten. Dies ist dann aber häufig nicht mehr möglich.

Mit dem Gesetz werden alle Gerichte in Abhängigkeit gebracht. Früher war es möglich, den Bürger als Zeugen zu laden, der Anzeige erstattet hat. Heute ist das nicht mehr möglich. So wird kein Beschuldigter mehr erfahren, wer ihn angezeigt hat und er kann ihm auch keine Fragen mehr stellen.

*Frage: Mit diesem Gesetz werden die Gefängnisse in "Ein-Mann-Zellen" umgewandelt und Besuche werden behindert. Was halten Sie davon?*

*Kanar:* Das bringt auch nach dem Strafgesetz Veränderungen. Das "Seperat-Typ-Gefängnis" wird ganz in Einzelzellen umgewandelt und eine Isolation wird stattfinden. Nach dem Gesetz dürfte man eigentlich nicht ewig Isolationshaft erteilen. Jetzt ist dies möglich. Die Anwaltsbesuche unterliegen seit Neuestem einem (körperlichen) Berührungsverbot, das von Justizbeamten überwacht wird. Nach Belieben dürfen sie den Besuch sogar abbrechen.

## Yeni Ülke: Ein erstes Angriffsziel des "Anti- Terror- Gesetzes"

Am Donnerstag, den 23.5.1991, führte die Istanbuler Polizei in den Räumen der türkisch-kurdischen Wochenzeitung Yeni Ülke (Neues Land; siehe auch blätter des iz3w Nr.170,S.33) eine Razzia durch und bestellte den Herausgeber, Hüseyin Aykol, für den nächsten Tag zum Staatssicherheitsgericht. Dies ist der Auftakt einer Repressionswelle neuer Qualität gegen die linke und oppositionelle Presse, vor dem Hintergrund der Möglichkeiten, die das neue Antiterrorgesetz (ATG) bietet. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes eröffnete die Staatsanwaltschaft gegen Yeni Ülke sechs Strafverfahren aufgrund der Artikel 6 und 8 ATG (Bekanntmachung und Veröffentlichung und Propaganda gegen die Unteilbarkeit des Staates). Dabei beziehen sich die Verfahren nur in zwei Fällen auf den redaktionellen Teil der Zeitung. Alle anderen Vorwürfe betreffen Leserbriefe und Anzeigen, die in Yeni Ülke veröffentlicht wurden. Als Strafmaß fordert die Staatsanwaltschaft insgesamt 240.000,- DM

Ganz abgesehen von der drohenden Inhaftierung von Herausgeber und Mitarbeitern würden schon die Geldstrafen das Aus für die Zeitung bedeuten, da die finanzielle Situation von Yeni Ülke die Zahlung selbst wesentlich geringerer Beträge nicht verkraften könnte.

Auf diese Art und Weise wird mit dem neuen Antiterrorgesetz die Arbeit einer oppositionellen Zeitung verunmöglicht, ohne daß ihr Erscheinen offiziell verboten werden muß.

Um eine Fortführung der Arbeit von Yeni Ülke und anderen oppositionellen Publikationen zu gewährleisten, reicht es nicht aus, nur die Rücknahme der zur Zeit laufenden Verfahren zu fordern, sondern es muß auf eine Abschaffung des Antiterrorgesetzes hingearbeitet werden, das u.a. eine journalistische Tätigkeit nur unter den Bedingungen der Selbstzensur möglich macht.

Unterschriftenlisten und Protestbriefe an Türkei Informationsbüro, Postfach 910843, 3000 Hannover 91

## Verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift KURTULUS verhaftet

Die Özal-Dynastie und ihre Regierung ANAP haben das "Terrorbekämpfungsgesetz" auf die Tagesordnung gebracht. Dies geschah unter dem Vorwand, daß einige im Grundgesetz von 1982 garantierte Organisationsrechte eingeschränkt werden sollten.

Die reaktionäre ANAP-Regierung will sich auf dem wackeligen Boden mit Demagogie und Lügen festhalten. Uns malt sie rosarote Bilder, erzählt Märchen vom "Springen in ein neues Zeitalter". Unverschämterweise erzählt Özal "wir haben den Kommunismus freigelassen, nur haben die Kommunisten keine Bedeutung mehr."

Die Folter, die Gerichte und die Gefängnisse sind für Sozialisten und für Revolutionäre, also für die, die Widerstand leisten...

Ein verantwortlicher Redakteur unserer Zeitschrift, Cemal Turan, ist am 3.5.1991 wegen Separatismus durch das Staatssicherheitsgericht verhaftet worden.

Diese Verhaftung zeigt die Praxis des "Terrorbekämpfungsgesetzes" gegen die Presse.

Wir rufen alle Presseinstitutionen, Demokraten und Andere auf, gegen dieses Gesetz Stellung zu beziehen und gegen die Verhaftung unseres Redakteurs Cemal Turan zu protestieren.

**Inhaber der  
Zeitschrift Kurtulus İlhan Cüre**

## Unterschriften- kampagne gegen das "Anti- Terror-Gesetz"

Wir, die Unterzeichner, haben eine große Unterschriftenkampagne gegen das "Anti-Terror-Gesetz" eingeleitet. Die Unterschriften werden an das Parlamentspräsidium und an die Menschenrechtskommissionen des Parlaments weitergeleitet.

Dieses Gesetz stellt eine große Gefahr für Menschenrechte und demokratische Entwicklungen dar. Dieses Gesetz stillschweigend hinzuneh-





men, bezeichnen wir als menschenwürdige Gleichgültigkeit. Die Entwicklung der Grundrechte und Freiheiten ist nur dann möglich, wenn sich das Volk gegen Unterdrückungsgesetze erhebt und nicht gleichgültig bleibt.

Mit diesem Gesetz erzielt man einen Polizeistaat, indem die persönlichen Rechte und der Schutz der Menschen in Gefahr ist. Das Lebensrecht der Menschen, wie in den letzten Tagen noch deutlicher zu sehen war, ist unter große Bedrohung geraten. Wer wo beschuldigt und wie verurteilt wird, ist Grund genug für Unruhe und Sorge.

Die Presse wird strengstens bewacht und das Recht, die Wahrheit zu erfahren, wurde aufgehoben. Menschheitsverbrechen, Folter und Hinrichtungen ohne Urteil wurden mit dem Gesetz gefordert. Meinungs- und Organisationsfreiheit, und die demokratischen Forderungen der Kurden stehen unter noch größerer Bedrohung als vorher.

Mit Auflagen belagte Freilassungen zeigte man Doppelzüngigkeit. Linke Verurteilte wurden nicht freigelassen und damit wurde für große Ungerechtigkeit gesorgt.

Dieses Gesetz ist ein schwerer Schlag gegen Menschenrechte. Wir rufen alle auf, die für Grundrechte und Freiheit sind, unsere Kampagne zu unterstützen.

**RA Ercan Kanar (Vorsitzender der IHD-Zweigstelle), Osman Özcelik (Ortsvorsitzender der HEP), RA Atilla Cokkun (Vorsitzender der SBP-Zweigstelle), Mustafa Bircek (Ortsvorsitzender der SP), Sukran Akin (Mitglied der Menschenrechtskommission der Ärztekammer)**

## An die Öffentlichkeit

Um das "Anti-Terror-Gesetz" so zu verabschieden, daß es in der Öffentlichkeit auf so wenig Kritik wie möglich stößt, hat das Regime die Freiheit von uns Gefangenen als ein Objekt des Mitleids benutzt. Während der Gesetzgebung wurden wir weiter in Haft gehalten, und jetzt, mit der Verabschiedung des Gesetzes, wird über die Wege nachgedacht, wie aus der Türkei ein einziges Gefängnis zu machen ist. Mit dem "Anti-Terror-Gesetz" schafft man in unserem Land einen zweiten "12. September" – und dieser wird sogar legalisiert.

Am Anfang wurde dem Volk eingeredet, daß die undemokratischen Gesetze aufgehoben würden und das Land überhaupt zur

Demokratie gebracht würde. Was hingegen hinter der Maske der Demokratie folgte, ist ein Gesetz, das den Staatsterrorismus legalisierte, das Grausamkeit und Raub in die Städte brachte und das die Folterer und Staatsterroristen verschont und unkontrollierbar macht.

Die bedingte Haftentlassung ist ein typisches Beispiel für die Doppelzüngigkeit und Heuchelei, die dieses Gesetz mit sich tragen. Der Staat selbst ist es, der gut ausgedacht und logisch begründet, seine eigenen Gesetze außer Kraft gesetzt hat.

Dieses Gesetz ist ein unverschämtes Mittel, das politischen und anderen Gefangenen keinen legalen Weg mehr für eine Entlassung läßt. Verbrecher wie Ferhat Tüysüz, die aus Langeweile Morde begangen haben, die in Maras, Corum, Sivas, Balgat und in Ankara-Bahcelievier ganze Familien ermordet haben, die durch die Folter Revolutionäre "versehentlich" ermordet haben, werden entlassen und sind freie Menschen. Dabei sind Verfahren noch nicht einmal abgeschlossen, bei denen Gefangene unter der Folter zu Aussagen gezwungen wurden. Gefangene wurden von Sondergerichten des Regimes des "12. September" zu lebenslänglich oder zum Tode verurteilt, obwohl sie die menschlichen Werte für eine wahre Aussage verloren hatten und seit der Zeit und nach den damals erteilten Strafen im Gefängnis sind.

Ist es kein verständliches Beispiel für die Doppelmoral, daß niemand aus dem heutigen Regime die Gesetze des "12. September" mehr haben will und dennoch diese Gesetze mit ausgeschmückten und umständlichen Worten im neuen "Anti-Terror-Gesetz" verankert sind. Ein Amnestiegesetz kann nicht als Anti-Terror-Gesetz verstanden werden.

Um diesen Schwindel und diese Doppelmoral aus der Welt zu schaffen, muß man die ganzen Verfahren des "12. September" einstellen und alle Gefangenen bedingungslos freilassen. Diese bedingte Amnestie hat die Gefängnisse nicht geleert. Nein! Die meisten der politischen Gefangenen sitzen immernoch.

Das neue "Anti-Terror-Gesetz" bezweckt aus dem ganzen Land ein Gefängnis zu machen.

Mit uns wurde ein Spiel gespielt, wo beim Ende klar war, daß wir weiter sitzen werden. Unsere ganzen Verdienste, die wir leidend und trauernd erzielt haben, wollen sie uns aufgrund eines Paragraphen nehmen.

Jeder zukunftsorientierte, demokratisch denkende, revolutionäre und die menschlichen Werte liebende Mensch sollte dieser ganz offensichtlichen Doppelmoral keine Mö-

glichkeit geben und ein Spiel mit unserem Schicksal und dem unseres Landes nicht zulassen!

**Die politischen Gefangenen (MLSPB, TKP/ML, Devrimci Yol, Kurtulus, TKP/ML-Tikko, Devrimci Partizan, Rizgari) aus dem Gefängnis Bartin**

## Bericht vom Menschenrechtsverein Diyarbakir

Am 15.5.1991 stand die Sektion des Menschenrechtsvereins (IHD) in Diyarbakir einem verwirrenden Folterfall gegenüber. Die Gefolterten waren in diesem Fall drei Mädchen, die am 9.5.1991 durch die Brigade in Mardin verhaftet wurden. Als die Kommission des IHD diesen Fall untersuchte, begegnete sie einer furchtbaren Situation. Die Familien der Kinder schilderten den Fall der Kommission so:

Die zwölfjährige Hüsnü Kizilkaya und die dreizehnjährigen Meryem und Münever Oral wollten am 8.5.1991 in der Umgebung ihres Dorfes, das in Savur, Mardin liegt, Disteln sammeln. Diese Pflanzewächst meist in den Bergen. Mit Einbruch der Dunkelheit haben sich die Kinder verlaufen. Als sie nicht zurückkamen, machten sich die Familie der Kinder und die Bewohner von Pinardere Sorgen und suchten nach ihnen. Inzwischen waren die Dorfmilizen und Denunzianten nicht untätig...

Sie erfüllten ihre historische Aufgabe, indem sie der Gendarmeriewache in Dorfnähe die folgende Nachricht gaben: "Drei kleine Mädchen von unserem Dorf haben sich den Guerillas angeschlossen."

Indessen sahen die Kinder die Lichter der Kleinstadt Ömerli. Nachdem sie dort angekommen waren, erkundigten sich die Kinder, wo sie jetzt seien, und erfuhren, daß sie in der Stadt Ömerli sind. Ein Cousin eines der Kinder wohnt in Ömerli. Die Kinder gingen zu ihm. Der Cousin rief die Eltern der Kinder an, teilte mit, daß sie sich verlaufen hätten und brachte die Mädchen in der gleichen Nacht zu ihren Familien zurück.

Der Kompanieführer, Hauptmann Aydin Yesil aus der Kleinstadt Savur verlangte, daß die Mädchen sofort zur Gendarmerie gebracht werden sollten. Am nächsten Tag



brachten die Familien die Kinder dorthin.

Und damit begann die Folter für die Mädchen. Sie wurden von einer besonderen Einheit der Mardiner Brigade übernommen. Vordem Verhör wurden die Mädchen mit verbundenen Augen in getrennte Zellen gesteckt.

Wie es weiterging, erklärt die zwölfjährige Hüсни Kizilkaya: "Mich haben sie von meinen Freundinnen getrennt und mit verbundenen Augen in die Zellen gesteckt. Dauern fragten sie mich, wer mich zur Guerilla geschickt hat. Ich antwortete, daß ich Disteln sammeln wollte und mich verlaufen habe. Daraufhin schlugen sie mich mit Knüppeln und Holzbalken. Danach brachten sie mich in einen Ort mit vielen Hunden. Ich habe große Angst vor Hunden. Dann sagten sie, daß sie mich vergewaltigen würden, falls ich nicht tue, was sie mir sagen. Sie beschimpften mich und belästigten mich sexuell."

Und die dreizehnjährige Meryem erzählt: "Mir haben sie auch die Hunde gezeigt. Mir drohten sie, mich den Hunden vorzuwerfen. Außerdem zeigten sie mir einen Ort mit vielen Nägeln. Ich müßte auf ihnen laufen, wenn ich nicht unterschreiben würde, was sie sagten. Mir zeigten sie Folterbilder und drohten, das gleiche mit mir zu tun. Mir und meinen Freundinnen gaben sie Stromschläge an die Fingerspitzen.

Die dreizehnjährige Münever: "Seit meiner Freilassung liege ich im Bett. Mit Holzbalken wurde ich geschlagen. Sie gaben mir Strom durch meine Fingerspitzen. Immer noch habe ich Angst, daß sie kommen könnten. Sie beschuldigten Niyazi Kavak und Vahap Kavak uns der Guerilla übergeben zu haben. Sie zeigten mir Bilder von Sakir Sosyal, der unser Dorf verlassen hat, als ich ein Jahr alt war, und verlangten von mir, eine Aussage zu machen. Sie seien von der PKK. Mich haben sie auch sexuell belästigt. 10 - 15 Personen haben mich mit Knüppeln und Holzbalken geschlagen."

Später wurden die Kinder freigelassen, ohne daß die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wurde.

Niyazi Kavak ist Vorsitzender der HEP in Savur. Seit er die HEP in Savur gegründet hat, hat er allen Zorn von Hauptmann Aydin Yesil auf sich gezogen.

Vahap Kavak kam im Jahre 1982 ins Gefängnis. Nach vier Jahren wurde er entlassen. Seitdem ist er staatlichen Repressionen ausgesetzt. Seine Behinderungen am Kreuz und am Fuß hat er durch die Folter, erklärt er der Kommission.

Sakir Sosyal hat sein Dorf vor 14

Jahren verlassen. 10 Jahre verbrachte er im Gefängnis. Seit zwei Monaten ist er frei und war seitdem nicht in seinem Dorf.

Der Grund dieses Komplotts erklärt der Bauer so: "Ungefähr 20 Dorfschützer gibt es in unserem Dorf. Ohne ihre Erlaubnis ist es verboten, das Dorf zu verlassen. Hauptmann Aydin wollte in seinem neuen Amt Bauern als Spitzel anwerben. Alle wurden unter Druck gesetzt, die dieses abgelehnt haben. Dieser Vorfall ist nur ein Teil des Vorhabens, alle zu Spitzeln und zu Dorfschützern zu machen."

Die gesuchten Personen erklärten, daß sie unschuldig seien und vor Folter Angst hätten.

In unserer Region trifft die Folter selbst 12- und 13-jährige Mädchen. In der Türkei passieren solche Vorfälle immer wieder. Leider werden diese Vorfälle nicht weniger, sondern mehr.

**IHD-Vorstandsmitglied, Nazdar Kahramaner**

**IHD-Sektion Diyarbakir, Mitglied des Beobachtungsausschusses von Menschenrechtsverletzungen**

**RA Meral Danis, Neslihan Özkan und Cabbar Laygaro**

## Angriff in der Marmara Universität

Am vergangenen Donnerstag (16.5.1991) ist auf dem Kampus der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Marmara Universität eine

*Fortsetzung von der Titelseite*

Ein aus mehreren Tausend Fahrzeugen bestehender Konvoi wurde am Stadtrand von Sicherheitskräften angegriffen. Die Menschen wehrten sich mit Stöcken und Steinen.

Nachdem der HEP-Generalsekretär Isiklar eine Rede gehalten hatte, setzte sich der Zug mit dem Sarg, der in eine Fahne der PKK gehüllt war, in Bewegung. Sprechchöre riefen Parolen gegen den türkischen Staat und für den nationalen Befreiungskampf Kurdistans. Sicherheitskräfte schossen auf die DemonstrantInnen. Trotzdem erreichten etwa 30.000 Menschen den Friedhof, der von Sicherheitskräften umstellt war. Der Presse und Parlamentsabgeordneten wurde der Zutritt zum Friedhof verweigert.

Der HEP-Abgeordnete der Provinz Kars, Mahmut Alinak, erklärte telefonisch: "Es wurde ohne jeden Grund auf die Menschen geschos-

religiös-gewalttätige Gruppe in die Kantine eingedrungen. Mit "Allah ist groß"-Rufen griffen sie die StudentInnen mit Steinen, Knüppeln, spitzen Gegenständen und Messern an. Viele Studenten wurden dabei verletzt.

Statt die Angreifer festzunehmen, nahm die Polizei 40 der angegriffenen Studenten fest. Als am nächsten Tag die Studenten gegen diesen Angriff protestieren wollten, griff ein ca. 200 Personen starker Eingreiftrupp der Polizei ein.

Auch hier wurden 21 Studenten festgenommen und geschlagen. Alle Studenten wurden von SSG und Staatsanwaltschaft freigelassen. Trotzdem blieben zwei Studenten willkürlich verhaftet. Trotz unserer mehrmaligen Aufforderung nach Lernfreiheit hat die Uni-Verwaltung nicht reagiert. Im Gegenteil, sie hat eine Stellung eingenommen, die die religiös-gewalttätige Umgebung noch aufmuntert und Rückendeckung gab.

Wir warnen die Uni-Verwaltung! Die gewalttätigen Studenten müssen bestraft werden!

Die Polizei solidarisiert sich mit dieser religiösen Gruppe.

Wir protestieren gegen die Haltung der Polizei! Wir werden nicht lockerlassen!

Recht auf Leben und Lernfreiheit sind unsere natürlichen Rechte. Alle Studenten, die Öffentlichkeit, die Eltern und unser Volk rufen wir auf, sich mit unserem Kampf für eine fortschrittliche, demokratisch-laizistische Bildung zu solidarisieren. Marmara-Universität

**Die Studenten in Göztepe-Kampus und ihre Eltern**

sen - wer auch immer zu treffen war. Viele Menschen sind tot oder verletzt."

Von Hubschraubern wurden Busse angegriffen. Darunter auch der Bus, in dem sich mehrere Parlamentarier und Funktionäre der HEP befanden. Einige von ihnen wurden schwer verletzt.

Der Mord an Vedat Aydin durch die Todesschwadronen der Kontra-Guerilla und die Ereignisse in Diyarbakir sind in Zusammenhang mit dem neuen "Anti-Terror-Gesetz" zu sehen. Die Mörder werden von der Strafverfolgung befreit und der Einsatz der Sicherheitskräfte wird als "Terrorbekämpfung" verkauft werden.

Alle Befürchtungen der in diesem Heft interviewten Rechtsanwälte werden durch die Realität zum tatsächlichen stattfindenden Staatsterrorismus!



# Sexismus und Rassismus im neuen AusländerInnengesetz

Mit dem neuen AusländerInnengesetz, mit dem sich die Bundesrepublik ein verbessertes Instrument ihrer kapitalistischen Verwertungsinteressen geschaffen hat, verschärft sich die Lebenssituation von Frauen und Männern aus Nicht-EG-Ländern, die in der BRD leben, aber auch von denjenigen, die in sie einreisen wollen, um ein Vielfaches.

Gerade Frauen sind von diesem Gesetz durch ihre doppelte Unterdrückung und Ausbeutung als Frau UND als Immigrantin oder Flüchtling in besonderer Weise betroffen. So werden Frauen aus Nicht-EG-Ländern durch dieses Gesetz noch stärker in die Abhängigkeit von Männern gezwungen, z.B. weil sie die verschärften Auflagen für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht noch weniger als zuvor erfüllen können.

Für sie wird die Erfüllung der Voraussetzungen einer unbefristeten Aufenthaltsberechtigung, und erst recht einer Aufenthaltserlaubnis zum nur selten erreichbaren Privileg von Männern. Schon bei der besonderen Aufenthaltserlaubnis fängt es an. Sie wird nach 5 Jahren ununterbrochenem Arbeitsverhältnis erteilt. Ausländische Frauen sind aber oft gezwungen, die am schlechtesten bezahlten und die sozial ungesichersten Arbeiten anzunehmen, da sie in der kapitalistischen Hierarchie von Arbeitslöhnen und Arbeitsbedingungen an unterster Stelle stehen. Außerdem wird ihnen, wie den meisten Frauen weltweit, die Reproduktionsarbeit in den Familien aufgebürdet, was ihnen dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse oft unmöglich macht. Zudem wird eine Arbeitserlaubnis nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) laut Paragraph 19 nach der "Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes" erteilt; sie kann befristet und/oder auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige, etc. beschränkt werden. Das heißt in der Praxis: Bei schlecht bezahlten und ungesicherten Arbeitsverhältnissen "darf" ein ausländischer Mann, und bei in der Regel noch schlechter bezahlten Arbeiten, eine ausländische Frau arbeiten.

Deutlich wird, auch wenn es mitunter Ausnahmen gibt, daß Frauen aus Nicht-EG-Staaten als Billiglohn- oder als Gelegenheits- und Teilzeitarbeiterinnen des deutschen Kapitals verwertet werden – und/oder sie als Reproduktionskraft ihrer Männer zur Verfügung stehen müssen.

In den (weiteren) Voraussetzungen für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, für die eine 5-jährige Aufenthaltserlaubnis, ausreichende Sprachkenntnisse, ausreichender Wohnraum und die oben genannte besondere Arbeitserlaubnis (die bei einer Aufenthaltsberechtigung noch um eine 8-jährige Aufenthaltserlaubnis erhöht wurde) nachgewiesen werden müssen, werden die rassistischen und sexistischen Grundlagen dieses Gesetzes noch deutlicher. Mit der Auflage "ausreichender Wohnraum" werden Menschen in zwei "Wertkategorien" eingeteilt: in eine, deren Fortpflanzung "erwünscht" ist, und in eine andere, die auf Umwegen gezwungen werden soll, auf Kinder zu verzichten. Bei der bestehenden Wohnungsnot, den immer höher werdenden Mieten, des zum Teil offensichtlichen Rassismus vieler Deutscher, ist davon auszugehen, daß von dieser Gesetzesklausel fast alle Nicht-EG-AusländerInnen davon betroffen sein werden.

Diese Einteilung in "erwünschte" und "unerwünschte" Menschen ist rassistisch – und sie setzt zudem die weltweite Bevölkerungspolitik, die meist mit Hilfe der imperialistischen Staaten praktiziert wird, innerhalb dieser Staaten fort.

Auch mit der Auflage "ausreichende Sprachkenntnisse" wurde bewußt davon ausgegangen, daß viele Menschen aus Mangel an Zeit, Geld und Möglichkeiten die Voraussetzung dafür nicht erfüllen können. Besonders die AusländerInnen werden davon betroffen sein, die nicht in einen Arbeitsprozeß eingebunden sind – d.h. wieder einmal in der Mehrzahl Frauen. Andererseits wird mit dieser Klausel der ohnehin vorhandene Druck zur Anpassung an die bundesdeutschen Verhältnisse verstärkt, und Menschen, die nicht willens sind, sich anzupassen, werden per Gesetz Diskriminierungen ausgesetzt. Auch hier wird eine Einteilung von Menschen in "werte" und "unwerte" vorgenommen.

## Zwang zur Ehe

Der Familiennachzug, der für Frauen und Männer nach dem Anwerbestop von 1973 oft die einzige Möglichkeit bot, überhaupt in die BRD einzureisen (es sei denn, sie stellen einen Antrag auf politisches Asyl), wird auch zum Ehezwang, denn er ist durch die Paragraphen 17 u. 19 des AusländerInnengesetzes an die "Wahrung der der familiären Ge-

meinschaft" und an die "eheliche Gemeinschaft" gekoppelt. Nach dem neuen Ausländergesetz ist es sogar die "Wahrung" der "häuslichen Gemeinschaft", die bei den Behörden bewiesen werden muß, um einer Ausweisung zu entgehen. "Ausreichender Wohnraum", eine dauerhafte Erwerbstätigkeit, usw. sind auch hier die Grundvoraussetzungen dafür, daß ein Familienmitglied in die BRD nachziehen "darf".

Der durch diesen Paragraphen geschaffene Zwang zur Ehe wird noch dadurch verschärft, daß nachgezogene Ehefrauen und -männer 3 Jahre nicht arbeiten dürfen. Das macht natürlich den Erhalt einer besonderen Arbeitserlaubnis für Nachgezogene noch schwieriger, denn welche Frau wird z.B. nach 3 Jahren Arbeitsverbot (und großen Schwierigkeiten, überhaupt eine dauerhafte Arbeit zu finden) irgendwann einmal die Voraussetzungen für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder gar eine Aufenthaltsberechtigung erfüllt haben.

Die Paragraphen 28 u. 29 des neuen AusländerInnengesetzes, in denen die Aufenthaltsbewilligung, eine Neueinführung dieses Gesetzes, festgehalten ist, sollen verhindern, daß Frauen und Männer aus Nicht-EG-Staaten überhaupt noch länger als für einen von den Behörden festgesetzten "Zweck" in der BRD bleiben. Es ist unschwer zu erkennen, daß hinter diesem "Zweck" bundesdeutsche Wirtschaftsinteressen stehen und daß sich der Staat mit diesen Paragraphen Instrumente geschaffen hat, die ohne Umschweife deutlich machen, wozu es beim AusländerInnengesetz geht: Um die absolute Verfügbarkheit über Menschen, die gezwungen werden unter schlechtesten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten, und zu gehen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.

## Frauen und Abschiebung

Die Disziplinierung und die Aufenthaltsbeschränkung, also der Entzug von Rechten, wird über eine jederzeit drohende Abschiebung durchgesetzt. Auch hier sind Frauen besonders hart betroffen, denn sie stehen ökonomisch meist schlechter da als Männer, haben als defacto-Flüchtlinge (ca. 60 % aller Flüchtlinge, die in der BRD einen Antrag auf politisches Asyl stellen konnten) in der BRD nur ein über Männer vermitteltes Aufenthalts-



recht und erhalten nur in den seltensten Fällen einen gefestigten Aufenthaltsstatus. Ausweisung droht ihnen bei vielen Situationen:

- Wenn eine Frau ihren Mann verläßt, sie in ein Frauenhaus zieht und gezwungen ist Sozialhilfe zu beantragen. Dies ist ein Ausweisungsgrund nach Paragraph 45, Abs.1.6 des neuen AusländerInnengesetzes. (Dort ist sogar festgehalten, daß eine ganze Familie ausgewiesen werden kann, wenn EIN Familienmitglied Sozialhilfe beantragt hat.) Zudem verliert sie ihren Wohnraum, was auch ein Ausweisungsgrund ist, und es entfällt ihr "Aufenthaltszweck", die "Familienzusammenführung" - ein weiterer Ausweisungsgrund.

- Wenn eine Frau (oder ein Mann), die (der) eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat, nicht innerhalb von 3 Jahren nachweist, daß sie ihren (er seinen) Unterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bestreitet, kann diese Aufenthaltserlaubnis nach Paragraph 24, Abs.1.2 nachträglich befristet und sie (er) demnach ausgewiesen werden.

- Ausgehend davon, daß nur 4% aller AsylbewerberInnen hier anerkannt werden, ein Großteil der hierher geflüchteten Menschen nur als de-facto-Flüchtlinge "geduldet" sind, und Frauen in Abhängigkeit von Männern leben müssen, ansonsten abgeschoben werden, haben die meisten weiblichen Flüchtlinge nur die Wahl zwischen Abhängigkeit und Verfolgung.

Immer mehr wird deutlich, daß das Recht auf Asyl in der BRD schon stark ausgehöhlt ist. Nicht zuletzt auch aufgrund des allgemeinen Visumszwang und durch die vergrößerten Zurückweisungskompetenzen der Grenzbehörden.

Die angeblich verbesserte Rechtssituation für Frauen durch den Paragraphen 19, der den Titel "Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten" trägt, muß auf dem Hintergrund der verschärften Auflagen der Voraussetzungen für eine unbefristete Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis als Farce, und damit als Strategie, verstanden werden. Nach außen soll der Schein einer Liberalisierung der AusländerInnenpolitik der BRD wirken.

Die **BEFRISTETE** Aufenthaltserlaubnis, die Frauen erteilt werden soll, wenn sie sich nach (mindestens) 4 Jahren Ehe trennen, ist zudem nur eine "Kann-Bestimmung", keinesfalls ein einklagbares Recht. Auf dem Hintergrund dieses und anderer Paragraphen werden immer wieder Frauen abgeschoben.

Zum Beispiel indem ihnen eine "Scheinehe" unterstellt wird - was zwar juristisch gesehen kaum tragbar ist, aber nichtsdestotrotz von den Behörden schon seit langer Zeit angewendet wird, um Abschiebungen durchzuführen.

Der Paragraph 46, betitelt mit "Einzelne Ausweisungsgründe", beinhaltet eine breite Palette von Disziplinierungsmaßnahmen. Von der "Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" über den "Verstoß gegen Rechtsvorschriften" bis hin zur "Gewerbsunzucht", sowie der bloße Gebrauch von Heroin oder Kokain, "Gefährdung der öffentlichen Gesundheit" (womit insbesondere AIDS als Ausweisungsgrund erfaßt werden soll) und letztlich, wie schon erwähnt, der Bezug von Sozialhilfe. Frauen sind durch diesen Paragraphen beispielsweise dadurch besonders von Abschiebungen bedroht, wenn sie in der BRD zur Prostitution gezwungen werden - und nicht die Zuhälter, die Frauenhändler und deren Organisationen bestraft werden. Die Verantwortlichen bleiben unbehelligt.

Vom Absatz 1, "Gefährdung der öffentlichen Gesundheit", werden Frauen besonders hart betroffen sein, wenn sie wegen AIDS oder einer anderen Krankheit abgeschoben werden oder wenn sie wegen Krankheit und Alter nicht mehr für ihren Lebensunterhalt sorgen können, und deshalb abgeschoben werden. Insgesamt werden sie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. wegen ihrer ohnehin schon schlechten materiellen Lage vielfach noch härter treffen als Männer.

## Verbot der politischen Betätigung

Ein weiterer Ausweisungsgrund, der Frauen und Männer in gleicher Weise betrifft, ist das Verbot der politischen Betätigung, welches im Paragraphen 37 festgehalten ist. Jede in diesem Land unerwünschte Form der politischen Willensbildung von AusländerInnen wird in spezifischer Weise kriminalisiert und mit Abschiebung bedroht. Die Formulierung "öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der BRD" ist ein typischer Gummiparagraph. In diesem Land gibt es eine lange Tradition darin Unrecht in Gesetze zu gießen, die in ihrer Auslegung unendlich dehnbar waren und sind. Insbesondere die deutsche Justiz im Nationalsozialismus hat sich viel Mühe damit gegeben, die Zwangssterilisation, die Zwangspsychiatrie und letztlich die Ermordung von Millionen Menschen gesetzlich abzusichern.

Zynisch mutet der 1. Absatz des Paragraphen 37 an, wo vom "friedlichen Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern" die Rede ist. Kein Wort davon, von wem ein "Unfriede" zwischen Deutschen und Ausländern ausgeht: Daß die Aggression von Deutschen ausgeht und der ein "Fremdenhaß" der staatlich produzierte Kanal ist für Unzufriedenheit und Aggressionen, die unter den sich verschlechternden sozialen Bedingungen und dem Druck von Konkurrenz und kaputten zwischenmenschlichen Beziehungen verstärkt entstehen. Worte und Formulierungen wie "Asylantenschwemme", "Umweltbelastung durch einen hohen Ausländeranteil", "was uns die Asylanten kosten" usw. sind Ausdruck des Versuchs der Herrschenden, die Aggressionen der Menschen von den Verantwortlichen für Not und sozialen Druck abzulenken, und sie auf die zu richten, die als Schuldige herhalten müssen. Natürlich sind das die, welche wirtschaftlicher- und politischerseits ohnehin als "Minderwertige" behandelt werden, die am stärksten ausgebeutet werden und die am wenigsten Rechte haben. Oder die, welche ihr Recht, z.B. auf Asyl, gar nicht erst wahrnehmen sollen.

Daß das gut funktioniert, zeigen heute besonders die brutalen und organisierten Angriffe gegen Flüchtlinge, gegen Sinti und Roma, gegen VietnamesInnen und AfrikanerInnen in der ehemaligen DDR, aber auch in den "alten Ländern".

Insgesamt wird deutlich, daß nur die AusländerInnen erwünscht sind, die arbeiten, solange sie gebraucht werden, d.h. auch Steuern zahlen, die keine Kinder in die Welt setzen, die gesund sind - und damit sie das auch für den Produktionsprozeß bleiben, sich jederzeit austauschen lassen. Die spätestens das Land verlassen, wenn sie alt oder krank sind, die kein Asyl suchen und die sich gegen diese (ihre!) Behandlung nicht zur Wehr setzen.

Frauen sollen die schlechtesten Jobs machen, die Arbeitskraft ihrer Männer wiederherstellen und schon gar nicht als Flüchtlinge ein eigenständiges Aufenthaltsrecht fordern.

Nicht-EG-AusländerInnen sollen auf der untersten Stufe der Hierarchie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft stehen; der Rassismus und Sexismus gegen sie sind verordnet und fallen bei der bundesdeutschen Bevölkerung weitgehend auf fruchtbaren Boden.

*(gekürzte Fassung eines Referates, gehalten auf einer Veranstaltung zum neuen "Ausländergesetz" in Hannover)*



*Zur Situation der KünstlerInnen in der Türkei am Beispiel der Musikgruppe "Yorum"*

## Interview mit der Musikgruppe "Yorum"

*Könnt ihr uns sagen unter welchen Voraussetzungen und wie eure Gruppe entstanden ist?*

*Hilmi:* Mensch könnte sagen, daß Yorum tatsächlich ein Produkt der sozialen und politischen Verhältnisse war. Die 80er Jahre waren Jahre der permanenten Unterdrückung und Repression, die natürlich auch nicht vor den Künstlern halt gemacht hat. Vereine wurden verboten und das Erscheinen von linken, legalen Tageszeitungen eingestellt, mehr als 100.000 Menschen verhaftet, gefoltert und ermordet. Ziel dieser ganzen Repressalien war, den Widerstand der Menschen gegen Faschismus und Unterdrückung zu brechen. Eine völliger Oligarchiehörigen und von ihr abhängige Gesellschaft sollte das Ziel sein. In so einer Situation entstand die Gruppe Yorum.

*Ich denke, die sozialen und politischen Verhältnisse habt ihr klar und deutlich umrissen. Könnt ihr etwas konkreter auf die Gruppe eingehen?*

*Sumru:* Die Gründer der Gruppe waren 4 StudentInnen. In der Anfangsphase haben sie sich hauptsächlich mit Theatermusik beschäftigt. Die Arbeit ging dann in die Richtung, daß der vom Staat getragenen reaktionären Kultur eine Alternative entgegengesetzt werden sollte. Yorum hat – so behaupten wir – den Weg für alternative Kultur freigeschaufelt. Nach uns schossen Musikgruppen wie Pilze aus dem Boden. Zu den wichtigsten Aufgaben der Stadtbediensteten zählt unter anderem, unseren Namen aus den Konzertveranstaltungen zu streichen. Es ist auch schon vorgekommen, daß Angestellten der Kulturabteilung mit der Kündigung gedroht wurde, weil sie uns nicht aus den Listengestrichen hatten.

*Soweit wir informiert sind, besteht eure Gruppe seit 1984. Ihr habt vor kurzem eure 6. Kasette auf den Musikmarkt gebracht, aber fast jedesmal mit einer anderen Besetzung. Warum das?*

*Sumru:* Ihr könnt uns mit einer Staffelläuferin vergleichen. Den Stab, den wir tragen, geben wir an den nächsten weiter. Wir verstehen uns erst als Revolutionäre und dann als

KünstlerInnen. Kunst ist sozusagen ein Mittel für uns. Nazim Hikmet, einer der größten Dichter unseres Jahrhunderts, sagte einmal: "Die Revolution ist eine schwere Kunst." Es ist sozusagen eine schwere Last, die nicht jedeR tragen kann, daher haben einige aufgehört. Ihr müßt wissen, wir sind mindestens zweimal im Jahr im Knast und das hält nicht jeder Mensch aus. Jedoch die meisten betätigen sich in anderen Bereichen. Aydin z.B. hat zum Theater übergewechselt; Ekan schreibt für die Zeitschrift "Mücadele"; Akin engagiert sich im Menschenrechtsverein TAYAD und für die Leute, die gehen, kommen neue hinzu.

*Aber ändert sich denn dadurch nicht die Musikrichtung oder die Qualität eurer Musik?*

*Sumru:* Nein, keinesfalls. Wie wir schon anfangs betont haben, ist für uns der revolutionäre Kampf wichtig, der für unsere Musik und Kunstrichtung die Grundlage bildet. Über die Qualität und den Geschmack entscheiden letztendlich die ZuhörerInnen – und die nehmen zu.

*Hilmi:* Außerdem haben wir neben den politischen auch künstlerische Kriterien. Wer bei uns spielen will, muß annähernd professionell sein.

*Wie würdet ihr denn eure Musikrichtung einordnen?*

*Hilmi:* Wir nennen sie progressive Volksmusik. Ihr müßt wissen, daß türkische Volksmusik schon immer einen progressiven Charakter hatte, die Auflehnung gegen die Herrschaft durch die Volksmusik hat eine lange Tradition. Wir setzen gewissermaßen diese Tradition fort. Auch haben wir sehr viele lateinamerikanische Elemente in unserer Musik.

Wir haben z.B. Lieder über die Slums und deren BewohnerInnen. Diese Menschen werden neben anderen Schikanen nachts von den Militärs überfallen, ihre Hütten werden unter dem Vorwand, sie hätten keine Baugenehmigung, niedergeworfen usw. . Damit nicht genug. Wir besuchen sie, nehmen aktiv an ihrem Widerstand teil und machen auch unsere Musik für diesen Widerstand. Wir schildern ihr Leben, singen über ihre Sorgen und zeigen gleichzeitig auch radikale Lösungsmöglichkeiten auf. Das ist unserer Meinung nach der revolutionäre Charakter in der Kunst.

*Sumru:* Wir benutzen sehr verschiedene Musikinstrumente: von Streich-, Zupf- bis hin zu Blasinstrumenten, dabei kennen wir auch

keine Landesgrenzen. Wir beabsichtigen damit erstens unseren Wunsch nach grenzenloser Freiheit zu unterstreichen und zweitens, anhand der vielen Instrumente das Chaos darzustellen, das in der Psyche vieler Menschen herrscht, die unter den Repressalien und den menschenunwürdigen Verhältnissen, also dem Chaos und dem Durcheinander, leiden.

*Neben der Musik, die ihr macht, habt ihr auch eine Kulturzeitschrift...*

*Sumru:* Ja, das ist eine Zeitschrift des Ortaköy-Kulturzentrums, an der wir auch aktiv mitarbeiten. Dieses Kulturzentrum befindet sich in Istanbul und neben Musik gibt es dort auch Theater-, Filmkritik- und Fotoaktivitäten. Die Zeitschrift soll die Stimme der alternativen Kultur und Kunst sein.

*Hilmi:* Die Junta und deren jetziges Parlament führt ihren Vernichtungsfeldzug nicht nur auf politischer, sondern auch auf kultureller, künstlerischer Ebene. Die Zeitschrift "Tavir" soll den Menschen bei ihrer kulturellen Emanzipation behilflich sein.

*Das hört sich ja alles sehr schön an, aber könnt ihr denn mit eurem Konzept auch Erfolge verbuchen?*

*Hilmi:* Wie schon gesagt, haben wir einen sehr engen Freiraum. Die Herrschenden haben den Rundfunkanstalten verboten, unsere Lieder zu spielen und im Fernsehen dürfen wir und andere alternative Musikgruppen nicht auftreten. Sie legen uns Steine in den Weg, wo sie können, z.B. durften zwei unserer Musiker nicht mit uns ausreisen, weil sie kein Visum bekamen oder der Sänger der Musikgruppe Ekin wurde wegen seinen Liedern verhaftet und sitzt immer noch im Knast. Trotz alledem können sie uns nicht mundtot machen und nicht verhindern, daß immer mehr Menschen (besonders Jugendliche) sich mit unserer Musik und unseren Zielen identifizieren. Bei einem unserer letzten Open-Air-Konzerte, das wir dieses Jahr in Adana hatten, waren 20-25.000 Menschen und unsere vorletzte Kasette haben wir 90.000 mal verkauft. Wir sehen das Ganze als einen Prozeß, der in Gang gesetzt wurde und durch Verbote nicht mehr gestoppt werden kann.

*(Das Interview wurde Ende Mai 1991 mit der Gruppe "Yorum" in Duisburg gemacht und erschien in einer Broschüre der Hochschulgruppe LINKE LISTE an der GH Duisburg)*



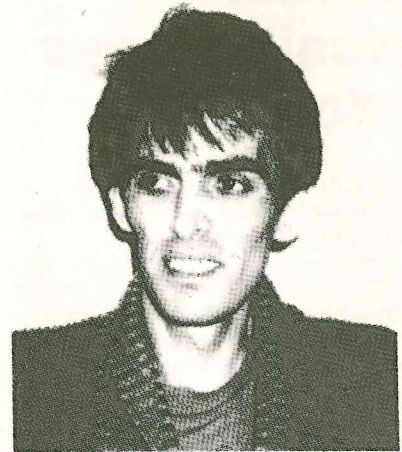
## "Ein neues Herz für Ishak Yavuz"

In der letzten Zeit mehrten sich Hilfsaktionen, die dazu aufrufen, das Leben eines einzelnen Menschen zu retten. In den meisten Fällen handelt es sich um Schwerkranke, die nur eine komplizierte und kostspielige Operation vor dem Tod bewahren kann. Diese Operationen können in den herkunftsländern nicht durchgeführt werden, teils aus Gründen der medizinischen Unterversorgung, teils wegen fehlender technischer Mittel und teils, weil die entsprechende Ausbildung der Ärzte fehlt.

Hier müßte sich grundlegendes ändern. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß letztendlich westeuropäische oder nordamerikanische Kliniken finanziell davon profitieren, daß es in vielen Ländern der Welt keine ausreichende und menschenwürdige sozialmedizinische Versorgung gibt. Die humanitäre Hilfe, die diese Operationszentren leisten, sei hierbei nicht in Abrede gestellt. Generell ist es aber sinnvoller, die medizinische Versorgung weltweit zu verbessern.

So ist auch nachfolgender Spendenaufruf der Initiative Yavuz um medizinische Hilfe im Einzelfall bemüht. Da aber auch nach dem Golfkrieg immer noch mehr Geld für Rüstung, als für humanitäre Hilfe investiert wird, ist es immer noch sinnvoll, solche Aktionen durchzuführen. Die Aktion "ein neues Herz für Ishak Yavuz" ist in jedem Fall unterstützenswert.

Im Zentrum der Aktion steht Ishak Yavuz, 31 Jahre alt, aus Kesap/ Giresun, Türkei. Wie viele seiner Landsleute leistete er 1980 entschiedenen Widerstand gegen die Militärdiktatur, wurde beschuldigt, Mitglied einer verbotenen linken Organisation zu sein, deswegen verhaftet und gefoltert. 1990, kurz vor dem Ausbruch seiner Krankheit nahm er an der verbotenen Demonstration zum 1. Mai teil und wurde aus diesem Grund letztmalig inhaftiert. Dann



Ishak Yavuz vor seiner Krankheit und Mitte 1991

zwang ihn jedoch seine schwere Herzerkrankung dazu, sich vom aktiven politischen Leben zurückzuziehen. Schon sehr bald müssen seine Ärzte in Istanbul erkennen, daß nur eine Herztransplantation ihn am Leben erhalten kann. Dies ist die einzige mögliche Lösung.

Noch immer aber müssen diese Transplantationen im Ausland durchgeführt werden. Natürlich wagen sich heute auch Ärzte in der Türkei an eine derartige Operation. Doch sind dies noch äußerst risikoreiche Unternehmungen, der medizinische Stand wäre hier um etwa zehn Jahre aufzuholen. Verbesserte Operationsmethoden und eine intensive Nachsorge haben die Überlebensdauer von Herztransplantationspatienten in der Bundesrepublik deutlich erhöht. Ishak Yavuz hätte eine gute Chance. So liegt er seit April diesen Jahres in München, in einem der drei wichtigsten Herzzentren der Bundesrepublik und wartet auf grünes Licht für diese Operation. Sein Gesundheitszustand ist kritisch, zudem ist nun bekannt geworden, daß nur Hannover oder Berlin das rettende Spenderherz einpflanzen könnte.

Einer der Gründe, warum diese Operation noch nicht durchgeführt werden konnte, ist, daß die für diese medizinische Rettungsaktion notwendige

gen Kosten in Höhe von DM 200.000.- vorher aufgebracht werden müssen. Hier steht Leistung gegen Leistung, ist doch die medizinische Technik äußerst kostenintensiv.

Ein neues Herz kann Ishak Yavuz das Leben retten. Darum unterstützen namhafte deutsche und internationale Einrichtungen diesen Aufruf, z.B. die Deutsche Herzstiftung, medico international, die Grünen, medical foundation, SOS-Rassismus, Türkei Information und nicht zuletzt der Verband demokratischer Ärztinnen und Ärzte mit Sitz in Frankfurt, der freundlicherweise ein Spendenkonto eingerichtet hat:

Kontonr.:  
471 500-606 beim  
Postgiroamt Frankfurt/M.,  
BLZ 500 100 60,  
Stichwort Yavuz.

Auch in der Türkei ist die Hilfsbereitschaft enorm. Bei Konzerten und Solidaritätsveranstaltungen sind schon 70.000 DM zusammengekommen. Es ist möglich das Leben von Ishak Yavuz zu retten. Eine kleine Geldspende kann dazu beitragen.

Elisabeth Artner



# Nachrichten aus Cumhuriyet

## 25.4.91

- Özal droht streikenden Angestellten der Luffahrtgewerkschaft Hava-İs mit Schließung der staatlichen Turkish Airlines.

- 4 Bombenanschläge auf Firmen der KOC-Holding in Istanbul aus Protest gegen die Behinderung der Aktivitäten zum 1. Mai.

## 26.4.91

- 6 Bombenanschläge auf Firmen und Banken in Ankara, 2 in Adana.

- Ankara-Dev-Genc Prozeß gegen 55 Angehörige von TAYAD und DEMKAD wegen Aufhebung der Paragraphen 141, 142 TStGB eingestell.

## 27.4.91

- Mehmet Ali Celik, der mit dem vor 45 Tagen festgenommenen und später "verschundenen" Yusuf Eristi zusammen festgenommen worden war, und der in einer Presseerklärung behauptet hatte, daß Eristi vermutlich nach seiner Festnahme auf der Polizeistation getötet worden sei, wurde im Gefängnis Sagmacilar angeblich von Mitgefangenen erstochen.

## 28.4.91

- Nach amnesty international sind in der Türkei seit dem 25.11.90 9 Personen an der Folter gestorben.

## 29.4.91

- Bei einem Angriff der PKK in Solhan/Bingöl auf ein Beamtenlokal wurden 6 Personen schwer verletzt und 2 Personen erschossen, darunter der Landrat von Solhan.

- Bombenanschläge auf je 2 Banken in Bursa und Izmir.

## 3.5.91

- Gesamtzahl der Festnahmen in Istanbul am 1. Mai bei Demonstrationen und Kontrollen: 2000 Personen. 130 Personen wurden dem Staatssicherheitsgericht überstellt.

- Demonstration von 15.000 kurdischen Flüchtlingen in Isikveren mit Parolen gegen Saddam und die USA.

## 5.5.91

- Inflation steigt beängstigend

- Am 1. Mai in Bursa festgenommene Studenten behaupten gefoltert worden zu sein. Hungerstreiks aus Protest gegen Festnahmen in Bursa und Sanliurfa.

## 7.5.91

- Choleraerkrankungen im Flüchtlingslager Cukurca

## 9.5.91

- Nach 38 Tagen Streik, Einigung bei den Tarifverhandlungen bei Turkish Airlines.

## 10.5.91

- Berufsverbot für 18 Lehrer einer Privatschule, weil sie den Streik der Bergarbeiter in Zonguldak unterstützt hatten und einen Tagnicht zur Schule gegangen waren.

- Bis heute 2698 Tote in den kurdischen Flüchtlingslagern.

## 13.5.91

- Die 9 Personen, die am 1. Mai in

Viransehir/Sanliurfa bei einer Operation unter dem Vorwurf, Propaganda für eine illegale Organisation gemacht zu haben, festgenommen wurden, werden vor dem Staatssicherheitsgericht Diyarbakir gemäß dem "Anti-Terror-Gesetz" angeklagt.

- Protestaktionen der Angehörigenfamilien in Ceyhan und Diyarbakir gegen Besuchsverbot am Muttertag.

## 14.5.91

- Filiale des Menschenrechtsvereins in Sanliurfa vom Innenministerium geschlossen, da bei einer Durchsichtung einige konfiszierte Zeitschriften gefunden worden seien.

## 15.5.91

- Protestaktionen gegen die Entlassungen von 350 Arbeitern im Stahlwerk in Eregli weiten sich aus. Gestern Demonstration von 5000 Personen.

- In Sedimli 3 Soldaten bei bewaffneten Auseinandersetzungen erschossen, im Kreis Elbistan 7 "Terroristen", davon 2 Frauen, erschossen.

- 13.000 Glasarbeiter in den Streik getreten.

## 16.5.91

- Die für Oktober erwartete Fertigstellung des Atatürk-Staudammes des GAP verspätet sich um ca. ein Jahr.

## 17.5.91

- Proteste der Oppositionsparteien gegen die Kritik Özals an der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt TRT, man räume der Opposition, vor allem in den Nachrichten, zuviel Platz ein.

- Protestaktionen von 18.000 Tekel-ArbeiterInnen (staatl. Tabak- und Alkoholmonopol) in Istanbul, Bursa, Bandirma, Tekirdag Edirne gegen Verlauf der Tarifverhandlungen.

- Die Anfang der Woche in die Türkei gekommene IWF-Delegation ist der Ansicht, daß das öffentliche Finanzierungsdefizit gefährliche Ausmaße erreicht hat. Die Wirtschaft müsse in kürzester Zeit "unter Disziplin" genommen werden.

## 18.5.91

- Allein in den letzten 5 Monaten wurden in Istanbul 9 Polizisten bei Anschlägen getötet, 1990 waren es 11.

- Die Arbeiter der Kunststoffabrik PETKIM verstärken ihre Protestaktionen gegen den Verlauf der Tarifverhandlungen.

- Prozeßbeginn in Izmir gegen 43 Studenten wegen Newrozfeier.

- Im Bezirk Aralik/Kars töteten "Terroristen" einen Dorfwächter. Bei anschließenden Operationen der Sicherheitskräfte wurden 180 Personen festgenommen.

## 19.5.91

- In einer neuen Verordnung zur Besuchsregelung im Rahmen des "Terrorbekämpfungsgesetz" verbietet das Justizministerium den offenen Besuch für Gefangene, die "Disziplinarstrafen erhalten, die Fluchtversuche unternehmen, die sich gegen die Gefängnisverwaltung auflehnen und Gefangene, die wegen Anarchie- und Terrorvergehen inhaftiert sind".

## 21.5.91

- Die Europäische Menschenrechtskommission befindet die Türkei in den Punkten Folter und Dauer und Bedingungen der Incommunicadohaft für Schuldig.

- Hungerstreik von 20 Angehörigen von Gefangenen in Adana gegen das "Terrorbekämpfungsgesetz".

- Bei einer Operation in Kadiköy/Istanbul wurden 2 angebliche Mitglieder einer illegalen Organisation bei einer Hausdurchsuchung von Sicherheitskräften erschossen.

## 22.5.91

- Prozeßbeginn gegen 4 Anwälte vor dem Staatssicherheitsgericht Ankara, mit der Beschuldigung, sie hätten vor dem Gericht eine illegale Versammlung abgehalten und in ihren Büros seien Schriften illegaler Organisationen gefunden worden.

- Wieder Protestdemonstration von 6000 Arbeitern und ihren Familien in Eregli gegen die Entlassung von 674 Arbeitern aus dem Stahlwerk.

## 24.5.91

- 2 pensionierte Generäle in Ankara und Adana bei Anschlägen erschossen. Der in Adana erschossene General Cingöz hatte 15 Jahre lang im Südosten Dienst getan, und viele Operationen gegen die PKK geleitet. Der in Ankara erschossene General Selen war der Nachfolger des am 30.1.91 ebenfalls erschossenen Sayin. Zu beiden Anschlägen bekannte sich Dev Sol.

- Nach dem Gewerkschaftsverband Türk-İs sind in den ersten 4 Monaten des Jahres im öffentlichen und im Privatsektor mindestens 75.000 ArbeiterInnen entlassen worden. Die Hohe Kontrollkommission des Ministerialpräsidiums ist der Auffassung, daß die Zahl der im öffentlichen Sektor Entlassenen zu niedrig sei.

## 25.5.91

- Hungerstreiks der Angehörigen gegen das Anti-Terror-Gesetz in Adana, Mersin, Urfa und Diyarbakir. Unterschriftenkampagne in Istanbul.

- Protestaktionen von 4000 Tekel-ArbeiterInnen in Izmir.

## 26.5.91

- Bei bewaffneten Auseinandersetzungen in Pertek/Tunceli 2 Soldaten und 1 "Terrorist" getötet.

- Laut Menschenrechtsverein Diyarbakir wurden am 21.5. bei Operationen in Kulp 20 Personen, die meisten davon Hirten, wegen angeblicher Beherbergung von Guerillas festgenommen.

## 27.5.91

- Änderungen im "Terrorbekämpfungsgesetz" vorgesehen, da zu erwarten ist, daß das Verfassungsgericht das Gesetz in dieser Form aufhebt. Man habe das Gesetz herausgebracht, ohne eine Verbindung mit anderen Gesetzen herzustellen, dies führe in der Praxis zu Problemen.

- Auch die Fertigstellung der anderen Staudämme im GAP-Projekt verzögert sich.

## 28.5.91



- In den letzten 1 1/2 Jahren sind - die Vorfälle in Südosten (Nordwest-Kurdistan; TI) ausgenommen - 43 Menschen bei politischen Anschlägen ums Leben gekommen. 12 Angeklagte, die vom Reuegesetz Gebrauch gemacht und gegen Mitgefängene ausgesagt haben, 12 Polizisten, 4 Generäle, 4 Offiziere, 2 Journalisten, 2 MIT-Angehörige, 2 Chauffeure, 1 ehem. Lehrstuhlinhaber, 1 Politiker, 1 Staatsanwalt, 1 Arzt und 1 amerikanischer Soldat.  
- 4 hungerstreikende Gefangene in Buca im Krankenhaus.

### 29.5.91

- 17 Personen in Mardin wegen Unterstützung einer illegalen Organisation festgenommen.

### 30.5.91

- Die ANAP verhinderte, daß die Ausgaben des Staatspräsidiums in Höhe von 17 Mrd. TL im Jahr 1990 von einer Parlamentskommission überprüft werden. Im Haushalt waren nur 7 Mrd. für den Staatspräsidenten vorgesehen.

- Bei der Fahndung nach den Attentätern von General Cingöz in Adana wurden 50 Personen festgenommen.

- Regierung und Verantwortliche im TRT (staatl. Rundfunk- und Fernsehanstalt; TI) sprechen sich gegen den Gesetzentwurf der HEP aus, "Sendungen in kurdischer und anderen verbreiteten Sprachen zu senden", da dies "den Grundsatz der nationalen Einheit zerstören" würde.

- Aktionen der ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor gegen Stockung bei den Tarifverhandlungen (für ca. 600.000 ArbeiterInnen; TI) weiten sich aus.

### 31.5.91

- Großer Protest gegen das "Anti-Terror-Gesetz": Hunderte von Gefangenen und Angehörigen in verschiedenen Orten im Hungerstreik.

- Nach einer Meinungsumfrage im Mai 91 bekäme die Regierungspartei ANAP bei Wahlen noch 13%, und wäre damit die viertstärkste Partei hinter der DYP (Demirel, 26,7%), SHP (Inönü, 20%) und DSP (Ecevit, 16,7%).

- In Ereğli wurden weitere 290 Personen aus dem Stahlwerk Erdemir entlassen.

### 1.6.91

- Im Zusammenhang mit dem PKK-Angriff im April auf ein Beamtenlokal, bei dem der Landrat und eine weitere Person getötet wurden, wurden 17 Personen festgenommen.

### 3.6.91

- An einer Kundgebung von Türk-Is unter dem Motto "Nein zu Ungerechtigkeiten" in Bursan nahmen ca. 50.000 ArbeiterInnen teil. Bei einer Demonstration "revolutionärer Arbeiter" im Anschluß an die Kundgebung wurden zahlreiche Personen festgenommen.

- In Diyaridin/Agri griffen PKK'ler eine Polizeistation und eine Bank mit Raketenwerfern an. Dabei wurde ein PKK'ler getötet.

### 4.6.91

- Befristete Hungerstreiks von Angehörigen und Gefangenen gegen das "Anti-Terror-Gesetz" zum Teil beendet. Neue Hungerstreiks wurden an anderen Orten begonnen.

### 5.6.91

- Todesstrafe gegen PKK-Mitglied Orhan Aydin wegen eines Tötungsdelikts im Juni 1990 vom Staatssicherheitsgericht Malatya verhängt. Da der Verurteilte noch keine 18 Jahre alt war, wurde die Strafe in eine 16-jährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

- Die Arbeitsgerichte entschieden, das beschlag-namte Vermögen der DISK (Revolutionärer Gewerkschaftsverband vor 1980, jetzt wieder zugelassen, siehe Heft; TI) dem Arbeitsamt zu übertragen.

### 6.6.91

- Hungerstreiks gegen das "Anti-Terror-Gesetz" dehnen sich weiter aus.

### 7.6.91

- Große Wut bei den Bauern: Fortschreitende Verarmung, ständiger Subventionssabbau.

- Eine Gruppe von hungerstreikenden Familienangehörigen wurde auf dem Weg zum Parlament in Ankara, wo sie mit dem Vorsitzenden der Menschenrechtskommission des Parlamentes sprechen wollte, von Polizisten mit Knüppeln geschlagen. 100 Personen wurden festgenommen.

### 8.6.91

- 11 Soldaten und ein Angreifer bei 2 Angriffen von PKK'lern in der Nähe von Cukurca getötet.

- Özal hat allein durch Entschädigungsprozesse gegen die Presse 800 bis 900 Mio TL erhalten.

- Gegen 18 in Zusammenhang mit dem Anschlag auf General Cingöz in Adana festgenommene Personen wurde Haftbefehl erlassen. Sie werden vor dem Staatssicherheitsgericht Malatya unter Anklage gestellt.

### 9.6.91

- Nachdem Özal sich mit der Opposition und der Presse angelegt hat, beginnt er nun Streit mit den Arbeitgebern: Die Vertreter der Arbeitswelt verstünden nichts von der Wirtschaft.

- Bei bewaffneten Auseinandersetzungen bei Sırnak und Cizre wurden 5 "Terroristen" und 1 Soldat getötet.

### 10.6.91

- Hungerstreiks gegen das "Anti-Terror-Gesetz" im 20. Tag.

- Bei dem Versuch, den Beileidsbesuch einer Gruppe von 100 Personen bei der Familie eines getöteten PKK'lers in Hazro zu verhindern, wurde ein zehnjähriges Mädchen durch Polizeikugeln schwer verletzt. 23 Personen wurden festgenommen.

### 11.6.91

- Die Spannungen in Hazro dauern an. Nach der Beerdigung des getöteten PKK'lers wurde von Sicherheitskräften auf eine Gruppe von 1500 Personen das Feuer eröffnet, die nach Hazro gehen wollten, um sich nach der Situation ihrer festgenommenen Angehörigen zu erkundigen. In Lice und Hazro schlossen die Händler aus Protest ihre Läden.

- Der Gesundheitszustand einiger hungerstreikender Angehöriger von Gefangenen ist schlecht.

- Streikbeschuß für 38.500 Zuckerarbeiter. Streikvorbereitungen bei 50.000 Tekel-ArbeiterInnen (staatl. Zigaretten-

und Alkoholmonopol) und 30.000 Beschäftigten in der Teeverarbeitung.

### 12.6.91

- Nach dem Amt für Religionsangelegenheiten werden in der Türkei jährlich 1500 Moscheen gebaut.

- Zustände in Hazro wieder normalisiert, nachdem 19 der Festgenommenen freigelassen wurden. Während des Sitzstreiks vorgestern abend, an der Zufahrt nach Hazro, waren mindestens 20 Personen durch Sicherheitskräfte verletzt worden. Viele weitere Verletzte hätten sich aus Angst vor Festnahmen nicht in Behandlung begeben. Journalisten, die die Vorfälle fotografieren wollten, wurden massiv behindert und ihre Filme beschlagnahmt.

### 13.6.91

- An passiven Widerstandsaktionen gegen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor nahmen gestern mindestens 200.000 ArbeiterInnen teil.

### 14.6.91

- Große Protestdemonstrationen und -aktionen im öffentlichen Sektor in der ganzen Türkei: Arbeitsniederlegungen, gemeinschaftliche Arztbesuche, Kantinenboykotts, ... Parolen auf den Demonstrationen u.a. "Wir haben Hunger", "Der Padischah (Özal; TI) soll zurücktreten", "Der Dicke von Cankaya (Özal; TI) ist ein Arbeiterfeind", "Arbeiter Hand in Hand zum Generalkstreik" ...

- Hungerstreiks der Gefangenen und Angehörigen gestern beendet. Man wolle, wenn das "Terrorbekämpfungsgesetz" vom Verfassungsgericht nicht aufgehoben werde, neue Aktionen ins Leben rufen.

- Der Paragraph des "Anti-Terror-Gesetzes", der besagt, daß in einem Prozeß höchstens 3 Anwälte zur Verteidigung genommen werden dürfen, wurde erstmals im Prozeß gegen 4 Anwälte der Ankaraer Anwaltskammer angewendet. Sie waren mit etwa 20 Verteidigern vor Gericht erschienen.

### 15.6.91

- Weitere 4 Personen in Zusammenhang mit dem Anschlag auf General Cingöz in Adana festgenommen.

- Passive Widerstandsaktionen im öffentlichen Dienst dauern an. In Istanbul stand der Verkehr still. In Izmir begannen die Gewerkschaftsvorsitzenden einen Hungerstreik.

- Die Verordnung von 1983, die die Veröffentlichung und den Verkauf von Werken im Ausland lebender, ausgebürgerter KünstlerInnen verbot, wurde außer Kraft gesetzt. Damit sind u.a. die Filme von Yılmaz Güney, die Musik von Sümeýra und Melike Demirag, aber auch die religiösen Tonaufnahmen des als "Schwarze Stimme" bekannten Cemalettin Kaplan, der einen islamischen Staat propagiert, erlaubt.

### 16.6.91

- Krise im Tourismus: Viele Einrichtungen sind nur 10 bis 30% ihrer Kapazität ausgelastet.

- Protestaktion des Menschenrechtsvereins Istanbul im Sultan Ahmet Park gegen das Verbot einer Kundgebung unter dem Titel "Für Grundrechte und -freiheiten". Bei der Aktion wurde ein Plakat mit der



Aufschrift "Nein zum Staatsterrorgesetz" getragen.

- Menschenrechtsverein protestiert gegen die massiven Repressionen der Polizei gegen seine Vereine und Vorstände.

**18.6.91**

- Gemeinsamer Arztbesuch (d.h. Demonstration; TI) von 30.000 ArbeiterInnen staatlicher Unternehmen (Tekel, Eisenbahn, Straßenbau...) in Izmir und 30.000 weiterer ArbeiterInnen in Usak, Denizli und Mugla. In Istanbul einstündige Arbeitsniederlegung der Tekel-ArbeiterInnen.

- Zeitschrift "Emegin Bayragi" (Fahne der Arbeit) wegen Artikel zum "Anti-Terror-Gesetz" beschlagnahmt. Der Chefredakteur wurde festgenommen.

**19.6.91**

- Protestdemonstrationen von ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor in Istanbul und Izmir.

- Festzulage (für das Opferfest; TI) von 1,25 Mio TL (500 DM) für ArbeiterInnen und Angestellte im öffentlichen Dienst festgelegt. Die 600.000 an Streikaktionen beteiligten ArbeiterInnen werden die Zulagen nicht erhalten.

- Wochenzeitschrift Yeni Ülke beschlagnahmt (siehe Heft).

- Bei Auseinandersetzungen mit der PKK, 6 PKK'ler getötet, 4 Polizisten verletzt.

- Neben anderen Personen wurden 7 Unteroffiziere festgenommen und dem Staatssicherheitsgericht überstellt. Sie hätten den Mördern des pensionierten Generals Selen mit Waffen und Bombenlogistische Hilfe gegeben. Das Attentat sei von der illegalen Organisation "Dev Sol/Bewaffnete Revolutionäre Einheiten" verübt worden.

**20.6.91**

- Aus den gemeinsamen "Arztgängen" der ArbeiterInnen werden nach der Entscheidung, die Festzulagen nicht auszuzahlen, große Protestdemonstrationen.

- "Farbenoperation" im Südosten (Nordwest-Kurdistan; TI): Nachdem das Innenministerium den gleichzeitigen Gebrauch der Farben Rot, Gelb und Grün (die kurdischen Nationalfarben; TI) verboten hat, beginnt die Polizei nach den "gefährlichen" Farben zu suchen. Stoffhändler werden ermahnt, in den Läden nicht gleichzeitig diese Farben zu führen.

**21.6.91**

- Gemeinsamer Arztbesuch von 28.000 Eisenbahn-ArbeiterInnen.

- Schwere Anschuldigungen gegen den Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Demiral. Der Vorsitzende der Anwaltskammer, Kazan, behauptet, Demiral persönlich habe sein Gesuch beim Innenministerium verhindert, mit den beiden festgenommenen Anwälten Demir und Yarayici und der festgenommenen Journalistin Teztel sprechen zu dürfen. Kazan sagte, "solange Demiral Staatsanwalt ist, ist in der Türkei jeder in Gefahr".

- Kein offener Besuch am Tag des Opferfestes für die nach dem "Anti-Terror-Gesetz" Inhaftierten (das heißt für linke politische Gefangene; TI).

**23.6.91**

- In Zusammenhang mit den Festnahmen



Streikende Tabakarbeiterinnen in Alsancak

der Journalistin Teztel und den Anwälten Yarayici und Demir beschuldigt die Anwaltskammer Istanbul Oberstaatsanwalt Demiral, sich nicht an die Ministerialverfügung zu halten, die Anwaltsgespräche während der Polizeihaft erlaubt. Proteste gegen die Festnahmen dauern an.

**27.6.91**

- Das internationale Presseinstitut IPI fordert die Freilassung der seit 13 Tagen in Polizeihaft befindlichen Journalistin Deniz Teztel, die als Chefin des Menschenrechtsdienstes bei der Tageszeitung "Günes" arbeitet. Außerjournalistischer Tätigkeit gebe es gegen Frau Teztel keine schweren Beschuldigungen. Frau Teztel war mit zwölf weiteren Personen im Zusammenhang mit dem Attentat auf General Selen festgenommen worden.

**28.6.91**

- Der neue Justizminister Sakir Seker gibt zu, daß es in der Türkei Folter gebe, man werde diese aber verhindern. Man müsse Folter jedoch als individuelle Vorfälle sehen. Der einzige Weg, den Foltervorwürfen in der Polizeihaft vorzubeugen, sei, beim Verhör einen Anwalt zuziehen zu lassen. Dieses Thema sei auf der Tagesordnung. Bezogen auf die Vorwürfe gegen Oberstaatsanwalt Demiral sagte Seker, seiner Meinung nach hätte dieser die Besuchserlaubnis für die in Polizeihaft befindliche Journalistin Deniz Teztel geben können.

- Seit 1980 sind insgesamt 3,121 Mrd. US-Dollar ausländisches Kapital in die Türkei geflossen.

- Faschistenführer Türke spricht sich sehr lobend über den neu stellvertretenden Ministerpräsidenten Pakdemirli aus.

- Protest der Bezirksvorsitzenden der HEP und der SP auf einer gemeinsamen Pressekonferenz gegen die Bombenanschläge auf die Büros des Menschenrechtsvereins und der linken Zeitschriften "Ozgür Halk" und "Medya Günesi". Das "Anti-Terror-Gesetz" legalisiere den Staatsterrorismus. Nach dem Terror

gegen Einzelpersonen habe man sich nun wohl die Massenorganisationen zum Ziel gesetzt.

- Mit Glückwunschkarten zum Opferfest an Parteiführer, Politiker und Juristen protestierten die Dev Yol-Gefangenen im Bursa Spezialtyp-Gefängnis gegen die Ungerechtigkeit des "Anti-Terror-Gesetzes" und erinnerten daran, daß sie immer noch inhaftiert seien.

**29.6.91**

- Bei Sirnak: Uludere wurden ein Bürgermeister und 4 Stadtangestellte bei einem Angriff von "Terroristen" getötet.

- Gegen die Journalistin Deniz Teztel wurde Haftbefehl erlassen. Sie wird beschuldigt, bei der Ermordung von General Selen Kurierdienste für eine geheime Organisation geleistet zu haben. Mit Frau Teztel zusammen wurden gegen 7 weitere Personen, darunter die Rechtsanwältin Demir und Yarayici, Haftbefehl erlassen. Die aus der Polizeihaft entlassene Cavidan Kocaacar gibt an, während der Polizeihaft ständig gefoltert worden zu sein. Ihr sei keine einzige Frage in Zusammenhang mit dem Mord an General Selen gestellt worden.

**30.6.91**

- Die von unbekanntenen Personen verübten Bombenanschläge in Diyarbakir dauerten auch gestern an. Nach dem Auto des ehemaligen HEP-Vorsitzenden Özer, nach den Büros des Menschenrechtsvereins und zweier Zeitschriften explodierte gestern eine Bombe in einem Zeitungskiosk. An den Türen eines Appartementblocks, in dem die Zeitschrift 2000'e Dogru ihr Büro hat, klebte ein Zettel mit der Aufforderung, die Zeitung innerhalb von 5 Tagen hinauszuerwerfen, andernfalls werde das Gebäude in die Luft gesprengt.

- Die in Zusammenhang mit dem Anschlag auf General Cingöz verhafteten 18 Personen, darunter 2 Ärzte, erhoben den Vorwurf, während der Polizeihaft in Adana 15 Tage lang schwer gefoltert worden zu sein.



# ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

Name:.....

Anschrift:.....

KOPIEREN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationsbüro  
Postfach 91 08 43  
D- 3000 Hannover 91

+  
ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgiroamt Hannover  
Ktn.: 569725 - 304 BLZ: 250 100 30

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,  
Jahresabopreis DM 25.-, Förderabo: Ab DM 30,-

## IMPRESSUM:

Hrsg.:  
Türkei Informationsbüro  
c/o. S. Hasselbring  
Postfach 910843  
D- 3000 Hannover 91

+  
Anschrift:  
Türkei Informationsbüro  
Postfach 91 08 43  
D- 3000 Hannover 91  
Telefon: 0511 / 33 21 44  
Telefax: 0511 / 31 86 52

+  
Erscheinungsweise:  
2 monatlich

+  
Namentlich gekennzeichnete  
Artikel geben nicht unbedingt  
die Meinung der  
Redaktion wieder!

Anzeige

## GOLFKRIEG

Analysen und Hintergründe



\* **Golfkrieg Iran – Irak (Nr. 146) 12/87**

u. a. mit folgenden Beiträgen:

- US-Politik im Golf
  - Diktatur der Baath-Partei
  - Islam und Nationalismus
- (Einzelpreis DM/SFR 5,- + Porto)

\* **Politisierung des Islam (Nr. 147) 2/1988**

(Einzelpreis DM/SFR 5,- + Porto)

\* **Intifada in Palästina (Nr. 150) 6/1988**

(Einzelpreis DM/SFR 5,- + Porto)

\* **Türkei/ Kurdistan (Nr. 168) 9/1990**

(Einzelpreis DM/SFR 6,- + Porto)

\* **Krisenregion Mittlerer Osten (Nr. 172)  
3/1991** (Einzelpreis DM/SFR 6,- + Porto)

Alles zusammen für DM/SFR 25,- incl. Porto  
bitte Vorkasse (Scheck)

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg i. Br.

★★★★★★★★★★★★★★

Anzeige

Nr. 56 Juli/August 1991



1953 - 1973 - 1993 ?  
"Arbeiterkampf in Deutsch-  
land"

Europa: Italien, Frankreich  
Vorstadtindianer und Islam  
Punkbewegung in der DDR  
Ölarbeiterstreik im Iran  
Wärmetod und Chaos  
Arbeitermafia BR ?

Einzelheft 4 Mark, Abo 6 Hefte 20 Mark  
Sisina, Postfach 360527, 1 Berlin 36  
Tel. 030/6121848  
Bestellen durch Überweisen auf:  
Postgiro-Kto. 315 02-109, Sisina, Berlin

Thekla 14: »Ölwechsek  
Zionismus und Arbeiterbewegung  
Schuldenkrise, neue »Enclosures«  
Energiesektor und Klassenkampf  
Strategien im Golfkrieg  
160 S., 8 Mark inkl. Porto